



MARBURG. **GEMEINSAM. FÜR ALLE.**

**PROGRAMM DER MARBURGER SPD ZUR
KOMMUNALWAHL AM 15. MÄRZ 2026**



**Die Marburger SPD hat dieses Programm auf einem Parteitag
am 13. Januar 2026 beschlossen.**

IMPRESSUM

Die Marburger SPD – Stadtverband Marburg
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Tel.: (0 64 21) 1 69 90 - 0
Mail: geschaefftsstelle@spd-marburg.de
www.spd-marburg.de
Instagram: @marbugerspd
Facebook: [spd.marburg](https://www.facebook.com/spd.marburg)



Redaktion: Ann-Kathrin Götz, Liban Farah
Gestaltung: Chris Bauer
Druckerei: Wir machen Druck, Backnang



POLITISCHE WERBUNG: Sponsor SPD Marburg | Biegenstraße 33, 35037 Marburg
Die Werbung steht im Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 15.03.2026.
Transparenzhinweis unter www.spdmarburg.de/transparenz



INHALTSVERZEICHNIS

01	04 – 05	MARBURG. GEMEINSAM. FÜR ALLE.
02	06 – 09	AUF EINEN BLICK
03	10 – 11	SOZIALE FINANZPOLITIK
04	12 – 17	LEBENSWERTES MARBURG
05	18 – 22	STARKE WIRTSCHAFT
06	23 – 28	SOZIALES
07	29 – 31	WIR VERBINDEM GENERATIONEN
08	32 – 34	BILDUNG
09	35 – 38	DEMOKRATIE UND BETEILIGUNG
10	39 – 40	SOZIALER KLIMASCHUTZ
11	41 – 43	MOBILITÄT
12	44 – 45	KULTUR
13	46 – 49	EHRENAMT UND SPORT
14	50 – 53	SICHERHEIT
15	54 – 54	AUSSENSTADTTEILE
16	55 – 55	AUSBLICK



MARBURG.

GEMEINSAM. FÜR ALLE

Unser Marburg ist eine vielfältige, bunte, lebendige, weltoffene und optimistische Stadt. Sie ist geprägt von Tradition und Innovation und von einem spannungsreichen, vor allem aber produktiven Miteinander der Menschen mit ihren unterschiedlichen Prägungen.

Als Wiege Hessens und als Universitätsstadt war Marburg schon immer ein Ort des Ankommens, des Wandels und der Möglichkeiten. In Zeiten des Wandels braucht es stets beides:

Gestaltungswillen auf Grundlage progressiver Werte und gleichzeitig das Versprechen auf einen gerechten Wandel mit Stabilität und Sicherheit für alle in unserer Gesellschaft. Als Marburger SPD stehen wir für diesen Gestaltungswillen und prägen unsere Stadt seit Jahrzehnten – auch in schwierigen Zeiten. Seit Jahrzehnten haben wir Sozialdemokrat*innen eine solide Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik betrieben. Wir haben trotz aller Herausforderungen das Erforderliche geschaffen und zugleich den langfristigen Handlungsspielraum der Kommunalpolitik gesichert.

Marburg ist vom Wirken namhafter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geprägt. Georg Gaßmann hatte in den 1960er Jahren die große Wohnungsnot infolge des Weltkriegs zu bewältigen. Der Richtsberg entstand als neuer Stadtteil, Wohnungen wurden in vielen Quartieren neu gebaut. Aus einem kleinen Universitätsstädtchen in Mittelhessen deutete sich bereits das moderne Marburg an. Die Neubauten der Universität auf den Lahnbergen wurden verwirklicht, ebenso wie Hörsaalgebäude und Phil-Fak.

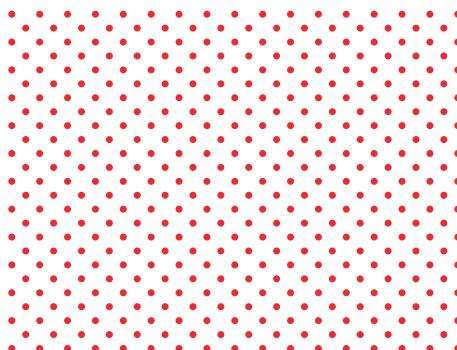
Hanno Drechsler wiederum hat nicht nur die Sanierung der Oberstadt in die Wege geleitet, womit er als einer der ersten in Deutschland den historischen Wert und das Potenzial der Lebensqualität historischer Stadtkerne erkannte. In die Zeit von Hanno Drechsler fielen auch die Auswirkungen der Studierendenrevolte der 68er und der weitere Ausbau der Philipps-Universität. Die erfolgreiche Umsetzung der Gebietsreform 1974, also die Bildung von Marburg mit allen seinen Stadtteilen, wie wir es heute kennen, fiel ebenso in seine Amtszeit.



Unter Egon Vaupel hat Marburg seit 2005 die dynamische Entwicklung genommen, die bis heute anhält. Egon Vaupel, der vorher bereits für Bildung und Bauen zuständig war, hat das neue Gesicht der Marburger Innenstadt, mit dem Campus Firmanei, der neuen Universitätsbibliothek und dem Erwin-Piscator-Haus wesentlich mit verantwortet. In seine Zeit fiel auch die positive Entwicklung am Pharma-Standort mit vielen neuen, qualifizierten und gut entlohten Arbeitsplätzen.

Dr. Thomas Spies wiederum hat der kommunalen Sozialpolitik in Marburg neue, wichtige Impulse gegeben und für eine bessere Absicherung der vielen freiberuflichen Kulturschaffenden gesorgt. In seine Amtszeit fiel die Umsetzung der Neugestaltung des Lokschuppen-Areals mit einer zukunftsfähigen Perspektive. Der Beschluss zum Klima-Notstand und der Klima-Aktionsplan wurden in großer Einigkeit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, und auch wenn der Klimaschutz aktuell von anderen Themen verdrängt zu sein scheint, bleibt er eine dringende Zukunftsaufgabe, auch und gerade für Kommunen.

Für die SPD war und ist dabei immer klar: Klimaschutz muss sozial sein. Dafür haben wir gesorgt. Dr. Thomas Spies hat sich darüber hinaus für die engere Verzahnung von Stadt, Universität und Wirtschaft eingesetzt. Marburg ist eine Größe im Bereich der StartUps geworden, viele Ideen finden hier ihre wirtschaftlich erfolgreiche Umsetzung. Die interkommunale Zusammenarbeit wurde mit gemeinsamen Gewerbegebieten für eine gute Entwicklung der Region gestärkt. Insbesondere am Pharma-Standort hat sich in seiner Amtszeit viel getan. Durch die kluge Standortpolitik und den nachhaltigen Erfolg vieler Unternehmen in Marburg konnte die Stadt ihre Gewerbe-



steuereinnahmen in den letzten Jahren vervielfachen. Die Erfolge unserer lokalen Unternehmen sowie der Mitarbeitenden eröffneten uns in den letzten 20 Jahren finanzielle Spielräume, um die uns andere Kommunen beneiden.

Und wie schon Egon Vaupel hat auch Dr. Thomas Spies einen klaren Kompass, was den Umgang mit Feinden der Demokratie und rechtsextremen Parteien anbelangt. Die SPD ist nicht nur sturmerprobt seit 1863 durch viele Krisen, Umbrüche und die Entwicklungen der Bundesrepublik nach 1945, sie ist auch die Partei, die in ihrer Geschichte gegen alte und neue Nazis gekämpft hat, weil das zur DNA einer demokratischen Partei gehört, die wie keine andere das Land mitgestaltet hat.

Auf diese Geschichte sind wir stolz, denn sie war gut für Marburg. Doch viel mehr gibt uns der Blick auf Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik die Kraft und das Selbstbewusstsein:

Eine gute Entwicklung für Marburg gibt es nur mit einer starken SPD. Dafür legen wir dieses Wahlprogramm vor, das unsere Werte, unsere Haltung, unsere Erfolge und unsere Ziele benennt.

Wir wollen auch die kommenden fünf Jahre für Marburg arbeiten. Gemeinsam, für alle!



AUF EINEN BLICK

Für eine nachhaltige finanzielle Zukunft

Weil wir eine gute Grundlage haben und weil die sozialdemokratischen Oberbürgermeister über Jahrzehnte gezeigt haben, dass wir mit dem uns anvertrauten Geld zum Wohle der Bürger*innen umgehen können, ist für uns klar: Wir begreifen die aktuelle Herausforderung der Konsolidierung des Haushalts vor allem als Chance, neu zu bestimmen, welche Aufgaben wir leisten können, müssen und wollen und wie wir die Leistungen der Stadt für die Bürger*innen klug, zielgerichtet und effizient organisieren.

Dabei gilt: "Sozial ist nicht verhandelbar", denn wenn der soziale, kulturelle, politische Zusammenhalt erodiert, sind Demokratie, Sicherheit und individuelle Freiheit in Gefahr.

Der Konsolidierungsbedarf macht uns nicht bange. Wir haben bereits 2024 begonnen zu handeln. Die Stadtverordnetenversammlung hat klare Beschlüsse gefasst, die bereits den Haushalt für das laufende Jahr 2026 prägen. Wir haben erstmals beim Personal der Stadt gespart und Ausgaben zum Teil deutlich zurückgefahren.

Dabei gilt für uns: Einsparungen bei den Personalausgaben erreichen wir nicht durch Kündigungen, sondern durch klares Personalmanagement. Das bedeutet, dass wir die Fluktuation, die Übergänge der Kolleg*innen in Rente und die Situation und das Auslaufen befristeter Stellen nutzen. Für uns steht die Aufga-

benkritik an erster Stelle. Danach folgen die Personalbemessungen.

Unser Ziel ist es, wichtige soziale Strukturen zu erhalten und strukturiert zu konsolidieren. Denn die Kommune ist der Ort, an dem Menschen öffentliches Handeln unmittelbar erleben: in Schulen und Kitas, in Schwimmbädern und Sportanlagen, beim Wohnraumangebot und in Grünanlagen, in Theatern, Museen und soziokulturellen Zentren, in sozialen Einrichtungen, am Zustand der Straßen und im öffentlichen Nahverkehr, an der Ausstattung der Feuerwehr und der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung. Hier wird das Vertrauen in einen kompetenten und freundlichen Staat geschaffen und gesichert. Wenn dies nicht mehr gelingt, öffnen wir populistischen Kräften Tür und Tor.

Die Sozialdemokrat*innen in Marburg haben gut gewirtschaftet. Deshalb sind wir gut gerüstet und müssen jetzt einen besonnenen Weg zur Wiederherstellung stabiler Finanzen einschlagen, um die bestehenden Strukturen und Errungenschaften in die Zukunft zu tragen.

Marburg bleibt sozialdemokratisch und antifaschistisch

Wir stehen fest an der Seite unseres Grundgesetzes und hinter einer wehrhaften Demokratie. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Errungenschaften, die wir verteidigen werden gegen die Feinde unserer Demokratie.

Menschen müssen darauf vertrauen können, dass demokratische Parteien gesellschaftliche Vielfalt und Menschenwürde schützen. Dem fühlen wir uns verpflichtet. Aus diesem Grund werden wir, wie bereits in der vergangenen, auch in der kommenden Wahlperiode klar -und mit eindeutiger Haltung- die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten im Stadtparlament suchen und niemals gemeinsame Sache machen. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien kommt für uns nicht in Frage.

Marburg ist eine Stadt und ein sicherer Hafen für alle!

Alle Menschen haben ein Recht auf Teilhabe und Beteiligung. Wir bekämpfen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in Marburg und stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen. Wir tolerieren keine Herabsetzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Klasse, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität und/oder Behinderung.

Marburg ist eine geschlechtergerechte Stadt

Eine geschlechtergerechte Kommune fördert gleiche Chancen für alle Geschlechter durch Parität, Vereinbarkeit, Schutz vor Diskriminierung und Gewalt – zentrale Werte sozialdemokratischer Politik. Und weil in unserer Stadt jede*r zählt: Gleiche Chancen für alle Geschlechter – sozial, gerecht, sozialdemokratisch!

Armut bekämpfen!

Auch in Marburg führen gestiegene Lebenshaltungskosten zu höherer Armut. Ohne Geld ist der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erschwert. Armut grenzt aus und macht krank. Insbesondere Kinder und ältere Menschen spüren die Konsequenzen von einem Leben in Armut am stärksten. Armut bedeutet weit mehr, als wenig Geld zu haben. Der Zugang zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Arbeit und Wohnen ist oft erschwert. Angebote und Maßnahmen sind wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen.

Für uns ist klar: Niemand fällt durchs Netz – Sozial ist nicht verhandelbar!

Trotz der aktuellen Haushaltsslage werden wir weiterhin die Möglichkeiten kommunaler Sozialpolitik verstärkt dafür einsetzen, die Auswirkungen von Armut zu mildern. Wir stehen an der Seite aller Menschen und unterstützen sie, gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Marburg teilzunehmen.

Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht!

Marburg braucht mehr bezahlbaren Wohnraum – jetzt! Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Aus diesem Grund bleibt es unser Anspruch, dass alle Menschen in Marburg eine bezahlbare und bedürfnisgerechte Wohnung haben.

Daher werden wir auch weiterhin den Wohnungsbau voranbringen: sozial, klimafreundlich und bedürfnisorientiert. Marburgs schönes Stadtbild ergibt sich auch durch die Vielfalt an Wohnformen in unserer Stadt.

Wir unterstützen sie alle – vom sozialen Wohnungsbau über geräumige, barrierefreie Mietwohnungen bis hin zu allen Formen des Gemeinschaftlichen Wohnens und dem Eigenheim für Familien.

Mit einer Wohnungsbauoffensive, einer starken städtischen Wohnungsbaugesellschaft (gewobau), klaren Regeln gegen Spekulation und dem Fokus auf soziale Gerechtigkeit setzen wir die Leitplanken für eine Stadt, die Wohnraum für alle schafft.

Modernes Marburg

Wir bringen Marburg auf den neuesten Stand der Technik und nutzen die Chancen der Digitalisierung. Die Marburger Stadtverwaltung arbeitet schnell und effizient. Um das Serviceerlebnis stetig zu verbessern, unterstützen wir den Ausbau der digitalen Stadtverwaltung. Deshalb arbeiten wir darauf hin, mit dem Einsatz von Open-Source-Software den Weg hin zur digitalen Souveränität zu gehen, mit dem Ziel eines souveränen Arbeitsplatzes. Damit verhindern wir einen Vendor-Lock-in (d.h. Zwang zur Weiternutzung auch bei qualitativen Schwächen aus Kostengründen) und können so auch mittel- und langfristig die Ausgaben in diesem Bereich stabil halten. Hierbei wollen wir auch auf lokale Expertise setzen und Fachkräfte in Marburg in die Umsetzung einbeziehen.

Dennoch wird niemand zurückgelassen, ausgegrenzt oder benachteiligt, der das digitale Angebot nicht nutzen kann oder möchte.

Lebendiges Marburg

Marburgs Stärke liegt in den Menschen, die die Stadt täglich zum Leben erwecken. Sei es im Einzelhandel, in der blühenden Kulturszene, in der Gastronomie, in der Forschung und Lehre an der Universität, am Klinikum und am Pharma-Standort. Wir alle gestalten Marburg.

Dieses Leben findet nicht nur in der Oberstadt statt. Wir bieten in allen Stadtteilen gleiche Chancen. Mit Hilfe des „Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK)“ wurden in den letzten Jahren Orte in den Außenstadtteilen geschaffen, die Menschen zusammenbringen und die Gemeinschaft fördern. Wir setzen uns für die Gestaltung lebendiger Quartiere und von Orten der Begegnung ein, in denen alle Menschen miteinander in den Austausch kommen. Dies fördert den Zusammenhalt in unserer Stadt und macht Marburg zu dem Ort, den wir alle unser Zuhause nennen. Ein Ort, der zum gemeinsamen Gestalten einlädt und damit das soziale Engagement und die Teilhabe aller fördert.

Ganz Marburg im Blick

Die Außenstadtteile von Marburg sind nicht nur das Tor zur Stadt, sondern auch ein bedeutender Raum für ein gutes Leben sowie wirtschaftliche und energetische Entwicklungen. Mit der Ansiedlung des Pharma-Standorts wird hier eine solide Grundlage für wirtschaftliches Wachstum gelegt. Gleichzeitig bieten die Regionen Potenzial für erneuerbare Energien, insbesondere durch Windkraft und Solarparks, die zur nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der fortschreitende Wohnungsbau, wie beispielsweise im Bereich Hasenkopf. Dieser Fortschritt erfordert jedoch ein sensibles Vorgehen, das die Ökologie schont und die sozialen

Bedürfnisse der Stadtgesellschaft berücksichtigt. Die Entwicklung leistungsfähiger Verkehrskonzepte für alle Verkehrsträger ist ebenso unerlässlich, um die Erreichbarkeit und Anbindung zu gewährleisten. Etablierte Institutionen wie die Feuerwehr, Sportvereine, die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie das Ehrenamt benötigen fortlaufende Unterstützung – überall. Auch die Stärkung von Dorfkernen, Treffpunkten und der lokalen Infrastruktur ist entscheidend, um ein lebendiges und harmonisches Miteinander zu fördern.

Klimafreundliches Marburg

Mit dem Klima-Aktionsplan hat sich Marburg das Ziel gesetzt, bis 2030 CO2-neutral zu werden. Klimaschutz kann nur dann funktionieren, wenn alle mitgenommen werden. Daher werden wir im gemeinsamen Dialog mit Bürger*innen, Vereinen und Initiativen weiterhin alle, uns verfügbaren Ressourcen einsetzen, um die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels in Marburg zu begrenzen. Damit Marburg auch in den kommenden Jahrzehnten eine lebenswerte Stadt bleibt.

Dabei ist für uns essentiell: Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Menschen mit kleinem Einkommen gehen. Klimaschutz muss sozial gerecht und ausgewogen sein – und das kann er auch. Dafür setzen wir uns ein.

Sicheres Marburg

Sicherheit hat jeder Mensch verdient. Alle Bürger*innen Marburgs verdienen es, sicher zu leben. „Sicher leben“ bedeutet dabei für uns: ein auskömmliches und stabiles Einkommen, gute Arbeit, ein lebenswerter Stadtteil und gut ausgestattete Dienstleistungen. „Sicher leben“

bedeutet, dass langfristig daran gearbeitet wird, Menschen, die in Not geraten sind, zu unterstützen und Armut zu bekämpfen. Marburg ist eine saubere und begrünte Stadt. Dennoch braucht es auch weiterhin mehr Müllvermeidung. An neuralgischen Punkten – wie am Marktdreieck oder am Rudolfsplatz – werden wir verstärkt auf Sensibilisierung und höhere Säuberungsintervalle setzen. Feuerwehren und Hilfsorganisationen in Marburg sind eine elementare Stütze der Stadtgesellschaft und sie sorgen gemeinsam mit Polizei und Stadtpolizei für unsere Sicherheit. Die Vermeidung und Prävention von Gewalt ist die Grundlage unseres politischen Handelns. Hier arbeiten zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Wissenschaft, Stadt und Ordnungsbehörden seit Jahren erfolgreich zusammen. Wir werden Angebote zur Bekämpfung von Gewalt und zur Unterstützung bei psychischen Krisen fördern und finanzieren. Wir haben potentielle Angsträume in Marburg festgestellt und werden diese durch bauliche Maßnahmen verändern – beispielsweise durch eine bessere Beleuchtung oder die Umgestaltung von Plätzen.



SOZIALE FINANZPOLITIK: NIEMAND FÄLLT DURCHS NETZ

Die Finanzlage der Kommunen in Deutschland ist besorgniserregend. Aufgrund der Inflation und der berechtigten Tarifentwicklungen in 2023 und 2024 konnten rund 80 Prozent der Kommunen in diesem Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, darunter alle Großstädte und nahezu alle Landkreise in Hessen. Diese dramatische Entwicklung der Kommunalfinanzen verstärkt eine bereits chronische Unterfinanzierung. Kommunen übernehmen 25 Prozent aller Aufgaben, erhalten jedoch nur 14 Prozent der Staatseinnahmen. Besonders die Übertragung neuer Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich setzt unsere Kommunen unter Druck. Es droht, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen zwangsläufig auf die Verwaltung von Staatsaufgaben beschränkt wird. Dies ist in einigen Regionen Deutschlands bereits der Fall.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten die notwendigen finanziellen Grundlagen geschaffen und den langfristigen Handlungsspielraum Marburgs gesichert. Durch die insgesamt positive Entwicklung der lokalen Wirtschaft und eine solide sozialdemokratische Finanzpolitik ist das Vermögen der Stadt kontinuierlich gewachsen: Das Geldvermögen der Stadt beträgt über 2.000 Euro pro Einwohner*in, was nahezu einzigartig unter deutschen Kommunen ist. Mit 1.630 Euro pro Einwohner*in hat Marburg die zweitniedrigste Verschuldung unter hessischen Sonderstatusstädten – netto wäre Marburg schuldenfrei.

Die Gewerbesteuererträge konnten in den letzten 25 Jahren vervielfacht werden, von rund 30 Millionen Euro pro Jahr

auf über 100 Millionen Euro. Zudem konnte aufgrund der Einmal-Erträge in den Jahren 2022 und 2023 die Rücklage von durchschnittlich 30 Millionen Euro auf geschätzte 350 Millionen Euro Ende 2024 gesteigert werden. Dennoch bleibt auch Marburg nicht von den aktuellen Herausforderungen und der angespannten Finanzlage der Kommunen verschont. Die enormen Kostensteigerungen der letzten zwei Jahre haben auch Marburg stark getroffen. Noch vor Kurzem, vor den dramatischen Auswirkungen des Ukrainekriegs, der Energiekrise, der Baupreisexplosion, der Inflation und der entsprechenden Tarifanpassungen, war eine langfristig stabile und ausgeglichene Entwicklung der Stadtfinanzen zu erwarten.

Im Haushalt 2024 zeichnet sich erstmals ein mittelfristiges strukturelles Defizit von bis zu 16 Millionen Euro ab. Ab 2027 muss mit einem strukturellen Defizit von rund 40 Millionen Euro pro Jahr gerechnet werden. Zudem stellen die unvorhersehbaren Entwicklungen in der internationalen Politik ein zusätzliches Risiko für die Wirtschaft, die Steuereinnahmen und die Finanzen der Stadt dar. Es war gut, die Reserve für schlechte Zeiten zu bilden. Denn diese Reserve macht eine nachhaltige, durchdachte Konsolidierung möglich.

Ohne den transparenten, konsequenten und gemeinsamen Konsolidierungsweg würde es nicht mehr lange dauern, bis die Kommunalaufsicht eingreift und uns vorschreibt, wofür wir unser Geld ausgeben. Das würde uns alle Handlungsspielräume nehmen und könnte viele soziale

Errungenschaften und langfristig aufgebaute Strukturen gefährden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat klare Beschlüsse gefasst, die bereits den Haushalt für das laufende Jahr 2026 prägen. Wir haben erstmals beim Personal der Stadt gespart und Ausgaben zum Teil deutlich zurückgefahren. Die Marburger SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Gewerbesteuerhebesatz nach der Anhebung ab 2026 auf einem – im Vergleich zu anderen vergleichbaren hessischen Städten – niedrigen Niveau bleibt und auf absehbare Zeit nicht weiter erhöht wird.

Wir werden die Fluktuationen im Personal, also die Übergänge der Kolleg*innen in Rente und das Auslaufen befristeter Stellen nutzen, um Personal abzubauen. An erster Stelle steht die Aufgabekritik, also die Frage, ob und wenn ja, wie eine Leistung künftig erbracht werden kann, soll oder muss. Danach erfolgen die Personalbemessungen. Wir haben zudem im Blick, dass der demographische Wandel und die Schwierigkeiten aller Kommunen, qualifiziertes Personal zu gewinnen, den Druck auf effiziente Organisation, die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung und die Justierung des Verhältnisses von städtischer Aufgabenerfüllung und zivilgesellschaftlicher Verantwortung neu bestimmen.

Haushaltskonsolidierung gelingt, wenn alle mitmachen. Dafür wurden wir vom Landesrechnungshof bestärkt und gelobt: Magistrat, Verwaltung und die überwiegende Mehrheit der Fraktionen ziehen an einem Strang, auch wenn es in Einzelfragen selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen gibt. Wir wollen diesen Marburger Weg des Miteinanders auch nach der Kommunalwahl weitergehen. Gemeinsam, für alle.

Wir haben 2025 auf einem Parteitag beschlossen: Im notwendigen Prozess der Konsolidierung sollen die Strukturen in den Bereichen soziale Hilfen, Kampf gegen Armut und Einsamkeit, Vielfalt kultureller Angebote und Akteure, breites Engagement im Sport, Gesundheitsförderung, Teilhabe statt Ausgrenzung, Inklusion, gute Betreuung der frühkindlichen Bildung und viele andere Handlungsfelder mehr so entwickelt werden, dass unser sozialdemokratischer Anspruch auf Teilhabe, Chancengleichheit und ein gutes Leben für alle Marburger*innen nicht gefährdet wird. Für diesen Auftrag werden wir in den kommenden Jahren hart arbeiten, denn die Aufgabe ist eine große Herausforderung – aber sie ist zu bewältigen. Wir tun das im Wissen, dass die SPD in Marburg die einzige politische Kraft mit Erfahrung, Augenmaß und sozialer Verantwortung ist.

KURZ GESAGT

Die SPD steht für eine **nachhaltige und sozial ausgewogene Haushaltskonsolidierung**. Marburg verfügt über eine solide Finanzbasis mit geringen Schulden und hohen Rücklagen. Durch einen transparenten, gemeinsamen Konsolidierungsweg sichern wir, dass die Marburger*innen die Zukunft ihrer Stadt bestimmen, nicht die Kommunalaufsicht.

Einsparungen erreichen wir durch mehr Effizienz und Aufgabenprüfung. Beim Personal setzen wir auf natürliche Fluktuation, Entlassungen schließen wir aus. **Digitalisierung sorgt für bessere Abläufe und Service.** Gewerbe- und Grundsteuer werden nicht erhöht. Priorität haben soziale Hilfen, Bildung, Teilhabe, Kultur und Inklusion.



LEBENSWERTES MARBURG: WEITER WOHNRAUM SCHAFFEN. MIETEN BREMSEN.

Marburg ist eine lebenswerte Stadt und ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Gute Kinderbetreuung, ein attraktives kulturelles Angebot, sichere und saubere Straßen, eine Stadt mit vielen Grünflächen und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die Universität sowie viele Arbeitsplätze am Pharma-Standort und in der lokalen Wirtschaft – all das macht Marburg attraktiv. Der Zuzug von Menschen, die Marburg zu ihrer Heimat machen wollen, ist gut für die gesamte Stadtgesellschaft. Der Wunsch, näher am Arbeitsplatz oder dem Ort der Ausbildung zu wohnen, stellt Kommunen vor eine besondere Herausforderung. Denn auch die Wohnfläche steigt seit Jahrzehnten an. Die Nachfrage nach Wohnraum ist hoch – insbesondere bei Familien, Auszubildenden, Studierenden, Beschäftigten mit mittlerem und niedrigem Einkommen sowie bei älteren Menschen. Der insgesamt benötigte Wohnraum steigt, die Zahl der verfügbaren Wohnungen ist jedoch begrenzt. Die Frage, ob Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen hier wohnen bleiben können, entscheidet über den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt.

Für die Marburger SPD ist eine Stadt, die bezahlbar bleibt, kein Schlagwort, sondern ein zentraler politischer Auftrag. Soziales Bauen ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – genauso wie Bildung, Mobilität und soziale Infrastruktur.

Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bezahlba-

rer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Unter sozialdemokratischer Führung sind in Marburg in den letzten Jahren rund 2500 neue Wohnungen entstanden, weitere etwa 1500 Wohnungen sind in Bauleitverfahren vorgesehen. Aber das ist nicht genug, um die Wohnraumknappheit in Marburg zu beseitigen. Wir werden mehr Wohnraum schaffen, Genehmigungen beschleunigen und Mieten dauerhaft bezahlbar halten. Dabei müssen wir Klimaschutz und soziale Belange in Einklang bringen. Wo Flächen versiegelt werden, muss zugleich ein Ausgleich geschaffen werden. Die Marburger SPD versteht den Mangel an bezahlbarem Wohnraum als großes gesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam lösen müssen.

Um Bauen zu beschleunigen sind der Bauturbo des Bundes, aber auch die Entschlackung der Baugesetzbücher im Bund und den Ländern ein wertvolles Mittel. Zugleich gibt es erheblichen kommunalen Gestaltungsspielraum, den wir nutzen wollen. Bebauungspläne müssen schneller und lösungsorientierter entstehen. Darauf wollen wir einen Fokus legen. Die entsprechenden Fachdienste wollen wir dabei unterstützen, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Nachdem demokratische Beschlüsse gefasst worden sind, muss der Baubeginn verlässlich und deutlich schneller als bislang möglich werden.

Die Marburger SPD setzt sich dafür ein, auch bei den Wohngebieten Hasenkopf, Oberer Rotenberg und Temmler-Areal

schnell und verlässlich zu Ergebnissen zu kommen. Dabei sehen wir Bürger*innenbeteiligung, Klima- und Artenschutz als unverzichtbare Aspekte. Zugleich ist es im Sinne der Demokratieförderung unerlässlich, dass getroffene demokratische Entscheidungen auch zeitnah zu Ergebnissen führen. Neue Wohngebiete werden in Marburg dort entwickelt, wo soziale Infrastruktur, Kitas, Schulen, räumliche Nähe zu Arbeitsplatzschwerpunkten, Nahverkehr und Versorgung von Beginn an mitgedacht werden können. Hierbei agieren wir nach dem Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung. So haben wir mit dem Temmler-Areal bereits versiegelte Flächen beplant und schaffen dort Hunderte neue Wohnungen, darunter viele Sozialwohnungen. Dennoch ist die bereits versiegelte Fläche begrenzt und für mehr Sozialwohnungen werden langfristig neue Flächen für klimafreundliche Wohnungsbebauung, beispielsweise in Holzbauweise, notwendig sein.

Wohnungsbau darf nicht isoliert erfolgen, sondern muss Teil einer integrierten Sozialpolitik sein. Wir schaffen lebenswerte Quartiere und keine einheitlichen Wohnblock-Siedlungen. Daher wird die Versorgung mit Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten bereits in der Planungsphase mitgedacht. So wollen wir etwa am Oberen Rotenberg nicht nur Flächen für Wohnungen speziell für alleinerziehende Frauen sowie für gemeinschaftliches Wohnen zur Verfügung stellen, sondern auch Platz für eine Nahversorgung ermöglichen. So geht integrierte Stadtplanung.

Auf städtischen Flächen gilt für uns eindeutig: Sozialer und preisgedämpfter Wohnungsbau hat Vorrang vor renditegetriebenen Projekten. Deswegen haben wir die Quote für öffentlich geförderte Sozialwohnungen 2021 auf 30 % erhöht. Damit bei größeren Bauprojekten jede dritte entstehende Wohnung eine Sozial-

wohnung ist, auch wenn diese von privaten Bauherr*innen geschaffen werden.

Die gewobau nimmt hier als kommunale Wohnungsbaugesellschaft und größter Vermieter in Marburg eine Schlüsselrolle ein. Unsere städtische gewobau leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Bezahlbarkeit des Wohnens in Marburg, denn sie agiert gemeinwohlorientiert. Mit substanziellen Kapitalerhöhungen haben wir die gewobau in die Lage versetzt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen sowie den Bestand zu modernisieren und zu sanieren. Auf dieser Grundlage sind in den zurückliegenden Jahren knapp 200 neue, bezahlbare Wohnungen geschaffen worden. Und dafür werden wir die gewobau auch in Zukunft finanziell fördern.

Über 2700 Wohnungen werden von der gewobau bewirtschaftet und dies hat einen positiven Effekt. Die durchschnittliche Kaltmiete liegt etwa 30 % unter der ortsüblichen Vergleichsmiete. Die preisgebundenen Wohnungen liegen etwa 35 % unter der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bezahlbarer Wohnraum braucht eine aktive Rolle der Verantwortlichen. Die gewobau wird als zentrale Akteurin weiter gestärkt – durch nachhaltigen Neubau mit langfristigen Mietbindungen sowie durch Erhalt und Sanierung des Bestands.

Steigende Baukosten haben jedoch auch Auswirkungen auf die Instandhaltung.

Das bleibt eine Herausforderung für alle Bauträger und bedeutet auch, dass die Mieten sukzessive erheblich steigen könnten, wenn nicht aktiv dagegen agiert wird.

Wohnungen im Besitz der städtischen Gesellschaft zu modernisieren und gleichzeitig weitgehend preisstabil zu halten, bleibt die soziale Aufgabe in Mar-

burg. Denn sozialer Klimaschutz bedeutet, dass energetische Sanierungskosten nur in dem Umfang auf die Miete aufgeschlagen werden sollen, wie die Nebenkosten eingespart werden. Menschen mit geringem Einkommen können sich so vehement steigende Mieten wie in den vergangenen Jahren nicht länger leisten. Gerade deshalb ist beispielsweise die positive Wirkung des „Sozialen Energiebonus“ wichtig. Damit Wermietmieten insgesamt günstig bleiben und auch Menschen mit geringem Einkommen am Klimaschutz teilhaben, können Mittel des Sozialen Energiebonus hilfreich sein. Denn dieser unterstützt Bauträger bei den hohen Investitionskosten bei energetischen Sanierungsmaßnahmen, wenn die Mieten dafür insgesamt stabil bleiben oder sogar sinken. Mit dem Sozialen Energiebonus konnte beispielsweise die gewobau preisgünstige Mieten auch bei anspruchsvollen Modernisierungen halten.

Deswegen setzen wir uns als Marburger SPD dafür ein, dass dieses Programm angesichts der Konsolidierungsnotwendigkeit besonders priorisiert und nicht beim sozialen Klimaschutz gespart wird.

Einer der wichtigsten strategischen Antworten für die Bezahlbarkeit des Wohnens bleibt der kluge Umgang mit Flächen. Die Notwendigkeit, dass Flächen, auf denen Bebauung stattfinden kann, strategisch gekauft und im Besitz städtischer Gesellschaften bleiben müssen, ist hinlänglich bekannt. Dies erfordert jedoch einen hohen Investitionsaufwand und eine erhöhte Priorisierung bei politisch Verantwortlichen. Mit der langfris-

tigen, sozialgerechten Bodenbevorratung, die wir in der aktuellen Wahlperiode begonnen haben, ermöglichen wir eine aktive Bodenpolitik. Auf diesem Weg wollen wir auch zukünftigen Generationen langfristige kommunale Gestaltungsmöglichkeiten sichern. Insbesondere sehen wir die Bodenbevorratung als Mittel, um bezahlbaren, durchmischten Wohnraum vom Einfamilienhaus über Reihenhäuser bis hin zu Mehrfamilienhäusern in einer integrierten Entwicklung zu erreichen. Vorhaben wie die gemeinsame Forderung der Ortsbeiräte Schrök und Moischt, zukünftig gemeinsam zu wachsen und zusätzliche Infrastruktur zu teilen, begrüßen und unterstützen wir. Durch den Einsatz von Erbbaurechten sowie Konzeptvergaben mit klaren sozialen Kriterien entziehen wir Flächen dauerhaft der Spekulation und sorgen dafür, dass innovative Wohnformen ebenso Platz haben wie der bewährte soziale Wohnungsbau.

Nach dem Motto „Bauen, Bauen, Bauen“, werden Neubaugebiete klimafreundlich, mit möglichst vielen Grünflächen und möglichst wenig Versiegelung umgesetzt. Dabei streben wir einen hohen Anteil geförderten Wohnraums an, um soziale Durchmischung sicherzustellen. Projekte wie am Hasenkopf, am Oberen Rotenberg oder im Temmler-Areal stehen exemplarisch für diesen sozial orientierten Ansatz.

Beim Wohngebiet Hasenkopf setzen wir uns dafür ein, die ökologischen und stadtplanerischen Erfolge mit Geschwindigkeit und Bezahlbarkeit zu verbinden.



Für uns steht das Entstehen von bezahlbarem Wohnraum für die Breite der Gesellschaft im Mittelpunkt. Daran wollen wir uns messen lassen.

Am Oberen Rotenberg setzen wir erstmals ein Konzeptverfahren für gemeinschaftliches Wohnen um. Hier werden innovative, gemeinwohlorientierte Wohnprojekte etabliert. Dabei siegt nicht das gewinnbringendste Angebot, sondern das beste Konzept. Wir begrüßen das Engagement von Stadtverwaltung, SEG und gewobau für dieses attraktive Wohngebiet mit Lebensmittelmarkt. Die Marburger SPD unterstützt den Weg hin zu gemeinschaftlichem Wohnen, bei dem Menschen unterschiedlichen Alters Verantwortung füreinander übernehmen und sich den Alltag gegenseitig erleichtern. Wir sehen im gemeinschaftlichen Wohnen wertvolle Potenziale, auch in den Außenstadtteilen, und wollen hier verstärkt Beratung und Unterstützung anbieten. Dies stellt eine Chance für weitere Projekte dieser Art dar. Denn die erfolgreiche Umsetzung am Oberen Rotenberg hat wichtige Erfahrungen für die Zukunft generiert.

Im Temmler-Areal und an der Beltershäuser Straße entsteht ein Stadtquartier mit hunderten weiteren Wohnungen. Diese Entwicklung wird prägend für den gesamten Bereich nahe dem Südbahnhof. Hier bestehen beste Voraussetzungen: Eine gute Anbindung für Pendler*innen, eine ausgezeichnete Nahversorgung sowie bereits versiegelte Flächen, die nutzbar gemacht werden sollen und zugleich Wohnraum für viele Marburger*innen bieten. Wir werden dafür sorgen, dass die Bebauung des Temmler-Areals schnellstmöglich vorangetrieben wird und wichtige Infrastrukturen wie eine Kita sowie Freizeitflächen umgesetzt werden.

Lange Planungs- und Genehmigungszeiten treiben Baukosten hoch und damit Mieten. Die neuen bundesrechtlichen Regelungen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus eröffnen auch in Marburg zusätzliche Handlungsspielräume. Die Marburger SPD nutzt diese Spielräume gezielt und verantwortungsvoll. Genehmigungsverfahren für sozialen Wohnungsbau, kommunale und genossenschaftliche Projekte sowie für Nachverdichtung und Aufstockung werden beschleunigt. Verbindliche Bearbeitungsstandards, digitale Verfahren und eine frühzeitige Abstimmung zwischen Bauherrschaften, Verwaltung und Fachstellen sorgen für Transparenz und Tempo.

Beschleunigung bedeutet für uns nicht die Absenkung von Sicherheits-, Umwelt- oder Sozialstandards, sondern eine bessere Organisation, klare Prioritäten und schnelle Entscheidungen.

Jeder Monat weniger Bauzeit hilft, Mieten bezahlbar zu halten. Deshalb setzen wir in Marburg auf frühzeitige, koordinierte Beratung für Bauwillige.

Rechtliche Möglichkeiten zur Bündelung von Prüfungen und zur Verkürzung von Verfahrenswegen werden konsequent genutzt. Ziel ist ein klar strukturierter, transparenter Weg vom Grundstückserwerb bis zum Einzug. Gerade kommunale, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Bauvorhaben sollen so zügig realisiert werden können.

Ergänzend setzen wir auf wirksamen Mieter*innenschutz in der Praxis, etwa durch den qualifizierten Mietspiegel, der die Mietpreisbremse unterstützt.

Wir haben die erfolgreiche Ombudsstelle Fair-Wohnen etabliert, die bei Konflikten zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen berät und umfassende Unterstützung bietet. Zudem nehmen sie die

Thematik Diskriminierung ernst und verweisen Betroffene an Beratungsstellen. Die Ombudsstelle Fair-Wohnen hat sich zu einer Schlüsselstelle für mehr Mieter*innenschutz in Marburg entwickelt und wird auch in Zukunft unsere Unterstützung haben.

Über den MarburgPass werden Menschen mit geringem Einkommen durch einen Zuschuss beim Mitgliedsbeitrag des Mietervereins unterstützt. Dort können sie unabhängige rechtliche Unterstützung bekommen.

Die Stadt Marburg hat proaktiv zum Wohngeld beraten, denn viele Menschen haben Anspruch auf Wohngeld, haben jedoch keine Kenntnis davon. So konnte vielen Menschen konkrete finanzielle Unterstützung zuteilwerden. Das gab beispielsweise für betroffene Familien eine Entlastung von teils mehreren Hundert Euro pro Monat. Trotz Konsolidierungsnotwendigkeit und entsprechenden Umstrukturierungen wird es auch weiterhin verlässliche Bearbeitungszeiten beim Wohngeld geben.

Wir setzen uns für barrierefreie Wohnungen, günstigen Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen, Senior*innen und Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen ein. Denn auch Frauenhausplätze müssen ausgebaut werden. Dies bedeutet Handlungsdruck für mehr sozialen Wohnungsbau.

Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit wollen wir in Marburg nicht akzeptieren, sondern Probleme gemeinsam mit den Betroffenen lösen. Das Probewohnen-Modell für langjährige Obdachlose wird verstetigt, die Tagesanlaufstelle und das Haus für wohnungslose Frauen weiter gefördert sowie das VinziDorf schnellstmöglich umgesetzt. Das VinziDorf ist ein in Deutschland beispielgebendes Pro-



jekt, welches wohnungslosen Männern eigene Wohnräume in einem offenen Ensemble mit vielen Grünflächen zur Verfügung stellt. Die kleinen Zimmer werden mit allen Notwendigkeiten ausgestattet, während zentrale Gemeinschaftsräumlichkeiten Platz für Sanitär und Küche bieten.

Jede ungerechtfertigt leerstehende Wohnung ist ein potenzielles Zuhause für Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Daher werden wir Leerstand – der über die üblichen Übergangszeiten wie Renovierung, Sanierung oder Übergang in Selbstnutzung hinausgeht – konsequent bekämpfen. Einen ersten Schritt haben wir mit dem Beschluss „Innenentwicklung und Aufstockungen forcieren, Baulücken schließen und Leerstand entgegenwirken“ gemacht. Wir fordern die übergeordneten politischen Ebenen dazu auf, eine Meldepflicht für leerstehenden Wohnraum einzuführen. Mit dem Leerstandsgesetz hat die hessische SPD durchgesetzt, dass endlich eine Erfassung von spekulativem Leerstand rechtlich möglich ist. Das ist ein wirksames Signal gegen spekulativen Leerstand von Wohnraum. Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten können dieses Instrument nutzen, um ungerechtfertigt leerstehenden Wohnraum dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Auf dieser Grundlage werden wir in Marburg eine Leerstandssatzung einführen, um künftig wirksamer gegen Leerstand und Spekulation vorzugehen.

Das Instrument der sogenannten Milieuschutzzsatzung könnte dabei helfen, Verdrängungseffekte in potentiell gefährdeten Stadtteilen zu verlangsamen oder zu verhindern. Dies kann nicht nur in Stadt-

teilen helfen, die ein zu schützendes Milieu vorweisen können, sondern auch bei der Wiedervermietung und bei Sanierungsmaßnahmen. Jedoch unterliegt die Milieuschutzsatzung hohen Hürden. Dennoch werden wir die Prüfung der Umsetzung einer Milieuschutzsatzung in Stadtteilen in Marburg auf den Weg bringen. Bei erfolgreicher Etablierung können Verdrängungseffekte auf Grundlage von Luxusmodernisierung oder durch Sanierungsmaßnahmen, die zu starken Mieterhöhungen führen, verhindert werden. Selbstverständlich kann die Milieuschutzsatzung nicht alle Probleme mit steigenden Mieten lösen, die Marburger SPD denkt in der Frage des bezahlbaren Wohnraums jedoch jede kommunale Handlungsmöglichkeit, die rechtlich möglich ist, mit und setzt sie um.

Langfristige Baupolitik braucht Ehrlichkeit. Wir versprechen nur das, was umsetzbar ist – mit gesicherter Finanzierung, ausreichendem Personal und realistischen Zeitplänen. Jedes größere Bauprojekt wird durch eine transparente Kosten- und Folgekostenbetrachtung begleitet. Soziale Verantwortung heißt für uns, langfristig zu denken und generationsgerecht zu handeln. Soziales Bauen ist kein Sonderprogramm – es ist unser Maßstab. Marburg soll eine Stadt bleiben, in der Menschen mit normalem Einkommen wohnen können. Dafür entwickeln wir neue Wohngebiete wie am Hasenkopf und schaffen Perspektiven für die Außenstadtteile, etwa in Elnhausen oder im Marburger Osten.

KURZ GESAGT

Wir werden mehr **bezahlbaren Wohnraum schaffen**, den Wohnungsbau deutlich beschleunigen, indem Genehmigungs- und Planungsverfahren gestrafft, digitalisiert und verbindliche Standards eingeführt werden.

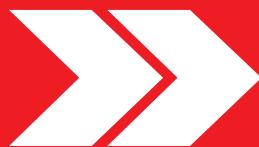
Soziales Bauen und Sanieren heißt für uns: preisgedämpfter, klimafreundlicher und barrierefreier Neubau. Über 1.000 neue Wohnungen entstehen am Hasenkopf, Oberen Rotenberg und im Temmler-Areal, davon 30 % als Sozialwohnungen. Gemeinschaftliches Wohnen und Konzeptvergaben stärken wir. Zentrales Instrument ist die gewobau als kommunale Wohnungsbaugesellschaft.

Mit unserer Strategie der **langfristigen, sozialgerechten Bodenbevorratung**, sorgen wir dafür, dass mehr Flächen in kommunaler Hand bleiben.

Innenentwicklung, Nachverdichtung und Aufstockung werden wir gezielt vorantreiben.

Wir kämpfen für **mehr Studi- und Azubi-Wohnheime**, schützen Mieter*innen z. B. durch die Ombudsstelle FairWohnen und gehen gegen spekulativen Leerstand mit einer Leerstandssatzung vor.

Spezielle Wohnangebote für Senior*innen, Alleinerziehende und gewaltbetroffene Frauen bauen wir aus und setzen das VinziDorf gegen Obdachlosigkeit um.



STARKE WIRTSCHAFT, INNOVATION UND MODERNE VERWALTUNG

Marburg ist regionales Oberzentrum, Universitätsstadt, Pharma-Standort und verfügt über ein Universitätsklinikum. Hier kommen Know-How und Praxis zusammen und fördern dabei nicht nur die regionale Wirtschaftsentwicklung, sondern mit wichtigen Innovationen die Wirtschaft in ganz Hessen. Marburg ist der zweitgrößte Pharma-Standort in Hessen.

Die wirtschaftliche Vielfalt wird durch kleinere Betriebe, den Handel und das Handwerk ergänzt, die Arbeitsplätze schaffen und die Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen versorgen.

Eine starke und vielfältige Wirtschaft ist entscheidend für unseren Wohlstand und ermöglicht es, in Bildung sowie soziale Ziele zu investieren. Daher unterstützen wir Initiativen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne einsetzen. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften, die für adäquate Tarife kämpfen, und solidarisieren uns uneingeschränkt mit Arbeiter*innen und Arbeitnehmer*innen. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, ist Qualifizierung besonders wichtig. Wir setzen uns für guten Zugang zu Berufsschulen ein und unterstützen Weiterbildungsmaßnahmen für Jugendliche. Wir schließen uns der Ansicht der Industrie- und Handelskammer (IHK) an, dass die Wohnraumversorgung eine besondere Bedeutung in der Lösung des Fachkräftemangels hat. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist die Suche nach einer geeigneten Wohnung schwierig.

Dadurch werden bezahlbare Mieten zu einem Standortfaktor – auch hier in Marburg. Arbeitsplatznaher Wohnraum ist gerade in Schlüsselberufen, wie Pfleger*innen, Feuerwehrleute oder Polizist*innen, von größter Wichtigkeit.

Deswegen setzen wir uns für mehr Wohnheime für Auszubildende ein und werden in der Frage des bezahlbaren Wohnraums jeden kommunalen Handlungsspielraum nutzen. Auch die (Arbeitsmarkt-)Integration werden wir gezielt fördern und die Fachkräftezuwanderung durch eigene Maßnahmen unterstützen. Hierzu sind die WIR-Vielfaltzentren von großer Bedeutung sowie die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.

Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Nachbargemeinden ist für die wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich. Interkommunale Gewerbegebiete, wie das Gewerbegebiet „Interkom“, welches wir gemeinsam mit der Gemeinde Ebsdorfergrund und der Stadt Staufenberg entwickelt haben, bieten dabei eine zukunftssichere Lösung. Beispielsweise mit Blick auf vorhandene Flächenknappheiten oder die notwendige Vermeidung von zusätzlichen Pendelstrecken. Die Marburger SPD setzt sich dafür ein, dass auch kleine und mittlere Unternehmen, ganz besonders das Handwerk, Flächen für die weitere Entwicklung sowie für Gründungen auch in und um Marburg finden. Die interkommunalen Gewerbegebiete Interkom in Ebsdorfergrund und Spiegelschecke in Lahntal sind hierfür unverzichtbare Vorzeigeprojekte. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass

auch auf den Lahnbergen in Kooperation mit Philipps-Universität und Land Hessen ein Gewerbepark für besonders innovative Universitätsausgründungen geprüft wird.

Den „Masterplan Behring“, der die Weiterentwicklung des Pharma-Standorts fördert, setzen wir fort und passen ihn an die herausfordernde Situation für unsere hiesigen Pharma-Unternehmen an, damit in Marburg auch in Zukunft hochwertige medizinische Produkte produziert werden.

Der Standort Behringwerke und Görzhäuser Hof erhält weiterhin Möglichkeiten zur Weiterentwicklung innerhalb von Görzhäuser Hof II und perspektivisch auch für Görzhäuser Hof III. Mit der Anmeldung im Regionalplan haben wir langfristig sichergestellt, dass – im Fall der Notwendigkeit – ausreichend Flächen für Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen. Eine Diskussion darüber muss offen und mit allen Beteiligten gemeinsam geführt werden, damit auch in Zukunft gute Arbeitsplätze in Marburg geschaffen werden können. Zugleich setzen wir uns für eine Zwischennutzung von Potenzialflächen auch für die Gewinnung erneuerbarer Energien ein. Für den Außenstadtteil Dagobertshausen entsteht so eine auf Jahrzehnte ausgelegte verstärkte lokale Energieversorgung.

Seit Langem ist ein Radweg zwischen dem Hauptwerk in der Marbach und dem Werksteil Görzhäuser Hof in Michelbach diskutiert und geplant. Diesen Diskussionen müssen jetzt endlich Ergebnisse folgen. Deswegen werden wir als Marburger SPD Druck auf Hessen Mobil ausüben, dass hier eine baldige Umsetzung erfolgt!

Ein Radweg an dieser Stelle trägt maßgeblich zur Verkehrssicherheit bei, da die Mitarbeitenden nicht mehr auf der

L3092 mit PKWs und LKWs fahren müssen. Durch eine Erhöhung der Frequenz des ÖPNV könnte zudem das Verkehrsaufkommen auf der L3092 weiter optimiert werden.

Unsere Ziele umfassen eine nachhaltige und ökologisch verantwortbare Wirtschaft. Nicht ohne Grund setzen wir in Marburg auf die Pharma-Branche, die im Vergleich zu anderen Branchen wesentlich klimafreundlicher ist. Die ansässigen Unternehmen befinden sich bereits seit vielen Jahren auf dem Weg, um den Verbrauch endlicher Ressourcen zu reduzieren und klimaneutral zu werden. Die jüngsten Entwicklungen am Pharma-Standort zeigen jedoch: Das Vertrauen in die Beschäftigungssicherheit und die Investitionsfreude gerät ins Schwanken. Wir müssen neue Konzepte für Innovation und Unternehmertum, die aus der Marburger Gesellschaft selbst heraus entstehen, ergänzen. Dies kann mittelfristig den Grundstein für ein vitales und attraktives Innovations- und Startup-Ökosystem legen. Denn kapitalstarke Unternehmen siedeln sich oft dort an, wo ein gesundes und umfangreiches Startup-Ökosystem vorhanden ist.

Das MAFEX (Marburger Institut für Innovationsforschung und Existenzgründungsförderung der Universität Marburg) leistet hier bereits hervorragende Arbeit, ist jedoch primär auf die Ausgründung aus dem universitären Umfeld spezialisiert.



Wir wollen das ergänzen und auch das Unternehmer*innentum außerhalb der Universität unterstützen. Unter dem Einsatz von uns Sozialdemokrat*innen wurden bereits jetzt zahlreiche Kooperationen zwischen Stadt und Universität eingeleitet.

Hier entsteht ein fruchtbare Austausch von Wissen. Bereits jetzt arbeiten wir an der Umsetzung eines Innovation Hubs und haben dafür Mittel im Haushalt beschlossen. Wir wollen weiterhin verlässliche Anlaufstellen vor Ort für angehende Unternehmer*innen sein. Wir werden die Start-up-Szene auch in der Zukunft durch attraktive Räumlichkeiten und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützen. Wir unterstützen lokale Unternehmen, die jungen Menschen in Marburg eine qualifizierte Ausbildung anbieten, und zeichnen Unternehmen, die die Vielfalt in Ihrer Belegschaft fördern, auch weiterhin aus. Durch die Förderung von bezahlbarem Wohnraum, einen attraktiven ÖPNV und Wohnmöglichkeiten speziell für Auszubildende unterstützen wir Unternehmen dabei, dringend benötigten Nachwuchs zu finden und zu qualifizieren.

Der Einzelhandel ist ein wichtiger Arbeitgeber, der regionale Produkte vermarktet und Marburg als Einkaufsstadt besonders attraktiv macht. Wir werden das Stadtmarketing auch weiterhin finanziell gut ausstatten, damit die Werbung für unseren Einzelhandel sowie unsere lokale Wirtschaft auch künftig gut funktioniert.

Wir schätzen die ausgezeichnete Arbeit des Stadtmarketings auf den digitalen Plattformen. Mit dem Instagram Account „Marburg Liebe“ werden nicht nur Marburgerinnen und Marburger informiert, es wird auch überregional eine breite Zielgruppe erreicht. Davon profitiert die Lebendigkeit und Vielfalt der Innenstadt,

der lokale Handel, die Gastronomie und Marburg als attraktiver Ort zum Leben als Ganzes. Um eine einladende Einkaufsatmosphäre zu schaffen, werden wir auf mehr Aufenthaltsmöglichkeiten wie Bänke und Begrünung setzen. Dies würde nicht nur die Attraktivität für Kunden erhöhen, sondern auch den Komfort für Anwohnende steigern. Wir wollen weiterhin regelmäßige Austauschtreffen fördern und einen Runden Tisch Wirtschaft einführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Marburg weiterhin und verstärkt bei der Vergabe von Aufträgen auf die Einhaltung von Tarifverträgen achtet. Gute Arbeit gibt es insbesondere dort, wo starke Tarifpartner*innen miteinander gute Lösungen finden. Die Marburger SPD unterstützt Gewerkschaften und Arbeitgeber in ihrem Bestreben, in Marburg attraktive Arbeit zu ermöglichen.

Marburg ist Filmstadt, das haben wir beschlossen und demnach wurde eine Filmservicestelle zur Unterstützung von Filmschaffenden geschaffen. Diese unterstützt beim Location-Scouting, der Vernetzung, bei Behörden-Angelegenheiten sowie bei der Vermittlung von Unterkünften und Produktionsflächen. Durch die langfristige und konsequente Strategie unseres Magistrats ist Marburg zu einem beliebten und vielseitigen Produktionsstandort für Filme geworden. Das Ergebnis lässt sich sehen: deutsche und internationale Produktionen haben sich für Marburg als historische und dynamisch-moderne Kulisse entschieden. Das sorgt nicht nur für direkte Einnahmen bei Gastronomen und Dienstleistern, sondern auch langfristig für positive Werbeeffekte für Marburg als attraktiven Ort zum Leben, Arbeiten und Besuchen. Davon profitiert der Tourismus-Sektor. Denn Marburg ist auch Tourismus-Standort und beliebtes Ziel für Wo-

chenend- und Kurzreisen. Mit der Mischung aus malerischer Altstadt und studentischem Flair überzeugt Marburg jährlich viele tausend Menschen von einem Besuch. Mit prägenden Sehenswürdigkeiten wie der Elisabethkirche oder dem Landgrafenschloss sowie mit seiner weltoffenen und vielfältigen Art bietet Marburg Grund zum Wohlfühlen.

Marburg ist außerdem staatlich anerkannter Tourismusort und diesen gilt es nachhaltig zu erhalten und zu finanzieren. Mit dem Beschluss vom 21. Dezember 2025 erhebt Marburg eine Tourismusabgabe, damit die Schaffung, Erweiterung und Vermarktung von Tourismuseinrichtungen direkt finanziell unterstützt werden kann. Auch Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen, profitieren finanziell. Der Tourismusbeitrag in Höhe von zwei Euro hilft dabei, den Tourismusstandort Marburg nachhaltig zu sichern, auch in finanziell schwierigen Zeiten.

Die Philipps-Universität und das Universitätsklinikum UKGM bestimmen das Leben in Marburg. Die Stadt Marburg, die Universität und das UKGM gehören zusammen und sind aufeinander angewiesen. Wir wollen gute Perspektiven für die Universität in ihrer ganzen akademischen Breite der Ausbildung junger Menschen und für weitere Spitzenleistungen in der Forschung. Wir wollen den Transfer des Wissens in die Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass sich Stadt und Universität gegenseitig befreuen.

Das UKGM ist nicht irgendein Krankenhaus und nicht nur Ausbildungsstätte für Studierende, sondern es ist „unser“ Klinikum. Das müssen auch die neuen Eigentümer verstehen und in ihr Handeln einbeziehen. Wir erkennen an, dass am UKGM hervorragende medizinische Versorgung für die gesamte Region und ex-

zellente medizinische Forschung betrieben wird.

Trotzdem sagen wir: Gesundheit ist keine Ware. Das Universitätsklinikum, unser Krankenhaus, muss zurück ins Eigentum des Landes. Dafür werden wir uns auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen. Die Marburger SPD ist solidarisch mit den Interessen der Beschäftigten, die eine immer höhere Arbeitsverdichtung erleben.

Marburg zeichnet sich durch eine moderne Verwaltung aus, die stets für alle da ist. In den letzten Jahren wurden viele Verwaltungsleistungen digitalisiert. Digitalisierung bedeutet jedoch nicht, dass wir Menschen zurücklassen. Es gibt ein Recht auf analoges Leben und insbesondere für ältere Menschen bleiben sämtliche Dienstleistungen unserer Stadt analog verfügbar. Eine moderne und effiziente Verwaltung ist unser Ziel, aber immer mit einem übergeordneten Zweck: Für uns stehen die Bürger*innen im Mittelpunkt. Wir werden den Weg in Richtung Smart City Marburg fortsetzen und die städtischen Dienstleistungen des Stadtbüros sowie der Ausländerbehörde weiter digitalisieren. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz kann helfen, effizientere Arbeitsabläufe zu etablieren und Routineaufgaben innerhalb der Verwaltung zu erleichtern. Aber: KI hat auch seine Nachteile, mit denen verantwortungsbewusst umzugehen ist. Das bedeutet, dass unter anderem dort, wo mit sensiblen Daten umgegangen wird, die Nutzung künstlicher Intelligenz nicht gestattet wird. Der Fuhrpark der Universitätsstadt Marburg wird auf klimafreundliche Verkehrsmittel umgestellt.

Die über 1400 Mitarbeitenden der Stadt Marburg leisten täglich Großartiges, um das Leben in unserer Stadt kontinuierlich zu verbessern. Sie sind wichtige Fachkräfte, die moderne und flexible Arbeits-

bedingungen sowie ein betriebliches Gesundheitsmanagement verdienen.

In Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist es wichtig, bei allen politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Personal und den Arbeitsaufwand zu berücksichtigen. Wir sind uns unserer Verantwortung als politische Partei und Fraktion bewusst und werden den Mehraufwand für das Verwaltungspersonal auf das Notwendige minimieren. Denn in Zeiten zunehmender Verdichtung der Arbeit sowie großer Herausforderungen, wie zum Beispiel der Haushaltskonsoli-

dierung, muss sichergestellt das Wohl der Beschäftigten im Fokus stehen. Die Auswirkungen politischer Herausforderungen und Ziele dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Daher setzen wir auf die gut funktionierende Einbeziehung der Beschäftigtenvertretungen bei der Stadt Marburg und den städtischen Beteiligungen auf Augenhöhe. Das ist für uns als Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit.



KURZ GESAGT

Wirtschaftliche Vielfalt sichern und gezielt unterstützen, insbesondere Pharma, Handwerk, Handel und kleine sowie mittlere Unternehmen.

Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Gesundheitsschutz stärken, auch durch verbindliche Kriterien bei städtischen Vergaben.

Fachkräftemangel gezielt begegnen durch Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung, Integration sowie enge Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, KreisJobCenter, Träger der Beschäftigungsförderung und Nutzung von Landesprogrammen der Fachkräftesicherung.

Bezahlbaren und arbeitsplatznahen Wohnraum schaffen - wir brauchen endlich auch Wohnheime für Auszubildende.

Flächen für Handwerk, Mittelstand und Gründungen sichern, interkommunale Gewerbegebiete weiterentwickeln.

Erreichbarkeit und ÖPNV-Anbindung zum Pharma-Standort verbessern und die wirtschaftliche Infrastruktur leistungsfähig ausbauen.

Innovations-, Gründungs- und Startup-Ökosystem stärken, den Innovation Hub umsetzen, **Gründungen auch außerhalb der Universität fördern** und die Zusammenarbeit mit Universität und UKGM vertiefen, inklusive Prüfung von Innovations- und Gewerbe parks (Lahnberge).

Stadtmarketing, Einzelhandel, Filmstadt Marburg und nachhaltigen Tourismus stärken, regelmäßige Austauschtreffen und einen Runden Tisch Wirtschaft einführen, Digitalisierung und Smart City Marburg weiterentwickeln, KI verantwortungsvoll einsetzen.

SOZIALES, INTEGRATION UND INKLUSION GEGEN ARMUT UND EINSAMKEIT

Im Zentrum unserer Politik steht die Anerkennung und Wertschätzung eines jeden Menschen, unabhängig von seiner aktuellen Lebenssituation. Deswegen setzen wir uns als Marburger SPD seit Jahrzehnten erfolgreich für eine sehr breit aufgestellte soziale Infrastruktur ein. Leistungen der Stadt und der freien Träger ergänzen einander und bieten Beratung und Unterstützung in unterschiedlichsten Lebenslagen. Wir werden die soziale Infrastruktur auch in Zeiten knapper Kassen sicherstellen. Die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie die Gemeinwesen- und Seniorenanarbeit setzen wir fort.

Wir werden die bedarfsgerechte Unterstützung der Gemeinwesenarbeit im Stadtwald, auf dem Richtsberg und im Waldtal fortsetzen. Dabei möchten wir den Ansatz der aufsuchenden Arbeit stärker priorisieren. Die Arbeit der Servicestelle Soziales wollen wir finanziell absichern. Damit sowohl Menschen in benachteiligten Stadtteilen als auch Hilfesuchende aus allen anderen Teilen Marburgs kompetente Beratung erhalten. Die zusätzliche Finanzierung der Sozial- und Schuldnerberatung bei den Gemeinwesenträgern möchten wir weiterführen. Praxisnahe Hilfen für Menschen in Not – unabhängig davon, ob es dabei um den Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter oder um die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung geht – möchten wir weiter eigenständig organisieren. Das heißt, dass die Marburger SPD zum Sozialamt Marburg steht. Wir brauchen ein eigenes Sozial-

amt, damit die Stadt selbstbestimmt handeln und unterstützen kann.

Wir verfolgen konsequent den Ansatz der quartiersbezogenen Stadtteilarbeit und haben bereits neue Stadtteilzentren im Waldtal und Stadtwald eingerichtet, am Richtsberg ein neues Begegnungszentrum und in Cappel das Quartiersmanagement etabliert. Diese Orte und Strukturen müssen für die Menschen in den entsprechenden Stadtteilen erhalten bleiben.

Das Projekt „Sozialer Zusammenhalt“ am Richtsberg wird ebenfalls weitergeführt. Wir haben den Stadtpass zu einem Teilhabe-Pass, dem MarburgPass, weiterentwickelt, um mehr Menschen zu erreichen. Dieser Pass ermöglicht vergünstigten Zugang zu Sport-, Bildungs-, Beratungs- und Kulturangeboten sowie ein ermäßiges Deutschland-Ticket für Menschen mit geringem Einkommen. Bei den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft darf nicht gespart werden, weshalb wir den MarburgPass weiterhin finanziell absichern werden.

Mit der Servicestelle Soziales haben wir niedrigschwellige Zugänge zu Hilfsangeboten geschaffen und die Zusammenarbeit zwischen der hauptamtlichen (Sozial-)Verwaltung, Ehrenamtlichen und freien Trägern wesentlich verbessert. Die Servicestelle für Soziales ist ein voller Erfolg. Sie bringt spürbare Verbesserungen für die gesamte Bevölkerung. Sie setzt neue Standards im gemeinsamen Kampf gegen Armut, stärkt soziale Gerechtigkeit und verbessert nachhaltig die Lebensqualität vieler Menschen. Niedrig-

schwellige Information und Beratung bleiben dabei zentral.

Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen, den Zugang zu ihnen zustehenden Leistungen zu sichern und ihre Selbstbestimmung zu stärken, heißt zugleich, das Fundament unseres Gemeinwesens zu festigen, soziale Teilhabe zu fördern und unsere Demokratie zu stärken. Diese wichtige Arbeit muss finanziell gesichert und fortgeführt werden.

Einsamkeit ist längst kein Randthema mehr, sondern betrifft alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichen Lebenssituationen. Wir möchten eine Marburger Strategie gegen Einsamkeit entwickeln und alle Akteure zusammenbringen, um die vielen bereits bestehenden Angebote und das umfassende Wissen in Marburg zu vernetzen und bekannter zu machen.

Armut gilt als wesentlicher Risikofaktor für Einsamkeit, da sie soziale Teilhabe oft erheblich einschränkt. Umgekehrt schützt gesellschaftliche Teilhabe vor Einsamkeit – etwa durch Aktivitäten wie Sport, ehrenamtliches Engagement, kulturelle, künstlerische oder musische Angebote sowie religiöse Veranstaltungen.

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Deshalb werden wir durch aktive Bodenbevorratung und die Unterstützung der städtischen gewobau mit dem erforderlichen Kapital bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Unterstützung von Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, wurde in den letzten Jahren strukturiert ausgebaut. Neben der Tagesanlaufstelle und dem Projekt „Probewohnen“ gibt es jetzt auch ein spezielles Haus für obdachlose Frauen und Familien. Mit dem VinziDorf schaffen wir einen weiteren Baustein zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Wir sorgen dafür, dass das VinziDorf schnellstmög-

lich abgeschlossen wird und die wichtige Arbeit bald beginnen kann.

Wir sind überzeugt, dass Menschen mit Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben müssen, in unserer Gesellschaft selbstbestimmt zu leben und gleichberechtigt teilzuhaben. Trotz der Fortschritte durch die UN-Behindertenrechtskonvention und das Bundeiteilhabegesetz wissen wir: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ein fortlaufender Prozess. Sie bleibt eine Aufgabe, die uns politisch, gesellschaftlich und fachlich gleichermaßen fordert. Denn es geht um nichts Geringeres als die konsequente Verwirklichung eines grundlegenden Menschenrechts – der Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Barrierefreiheit bedeutet für uns, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Beeinträchtigung oder Einschränkungen – öffentliche Angebote in Marburg gleichberechtigt und selbstbestimmt nutzen können. Barrierefreiheit schließt für uns bauliche, digitale und kommunikative Aspekte mit ein. Barrierefreiheit ist Voraussetzung für echte Inklusion und die gleichberechtigte Wahrnehmung von Rechten und Chancen im Alltag. Der barrierefreie Um- und Ausbau von Bushaltestellen sowie Bürgerhäusern muss weiter vorangetrieben werden. Zusätzlich möchten wir weiterhin sprachliche Hürden und Barrieren abbauen. Den Prozess der Bereitstellung von Informationen der Stadt in einfacher oder verständlicher Sprache werden wir fortführen. Informationen müssen klar und verständlich sein.

Integration bleibt eine zentrale Aufgabe staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns. Alle Akteure, ob Stadt, Universität, Schulen, Vereine, Sport, freie Träger sowie Unternehmen spielen eine wichtige Rolle im Gelingen von Integration. Für eine erfolgreiche Integration von neuen Mitbürger*innen braucht es beide Sei-

ten: Die aufnehmende Gesellschaft sowie Zugewanderte. Wir setzen uns als Marburger SPD dafür ein, dass sich internationale Fachkräfte, Geflüchtete, EU-Bürger*innen und Weitere in Marburg wohl fühlen und ein neues Leben aufbauen können.

Doch die Herausforderungen bleiben groß: Integration ist eine freiwillige Leistung, jedoch für unser Zusammenleben von unschätzbarem Wert. Es geht nicht nur darum, Marburg als Wirtschaftsstandort zu stärken und den Fachkräfte- mangel zu bekämpfen. Sondern auch darum, Humanität walten zu lassen und den Menschen, die zu uns kommen, gleichwertige Chancen zu ermöglichen.

Marburg ist ein sicherer Hafen, und wir setzen uns sowohl vor Ort als auch überregional in politischen Gremien gegen Abschottung und Ausgrenzung ein. Dies tun wir beispielsweise mit unserer klaren Ablehnung der sogenannten „Bezahlkarte für Geflüchtete“ auf der Ebene des hessischen Städ- tetages.

Die Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir grundsätzlich ab und bedauern, dass wir diese nach Anweisung des Landes Hessen zwingend einführen müssen. Wir unterstützen weiterhin die Initiative „200 nach Marburg“ und fordern ein kommunales Aufnahmerecht für Geflüchtete.



Die Abschiebung insbesondere von Familien sowie Geflüchteten, die eine Ausbildung begonnen haben oder angetreten werden, lehnen wir entschieden ab. Im Gegenteil, wir unterstützen den Spurwechsel für Geflüchtete, die erfolgreich in den Arbeitsmarkt gefunden haben und sich in die Stadtgesellschaft einbringen. Marburger Unternehmen, die sich für die Ausbildung von internationalen Fachkräften sowie Geflüchteten öffnen, wollen wir unterstützen. Abschlüsse sollen schneller anerkannt werden.

Hierzu braucht es Beratungs- und Unterstützungsangebote. Daher werden wir die bisherigen Bemühungen in der Integration fortsetzen und die Finanzierung der WIR-Vielfaltszentren fortsetzen. In Marburg leisten Vereine, Ehrenamtliche, Übungsleiterinnen und Schiedsrichterinnen tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration. Dieses Engagement wollen wir gezielt unterstützen – insbesondere dort, wo Sportangebote Brücken bauen: für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sowie für Menschen mit Behinderungen. Wir sorgen für ausreichende Sprachkurse und sehen Kürzungsmaßnahmen in diesem Bereich auf Bundesebene kritisch.

Einer möglichen Überforderung der Strukturen vor Ort stellen wir uns entschieden entgegen. Dabei agitieren wir jedoch nicht gegen das Recht auf Asyl, sondern setzen auf die dezentrale Unterbringung zugeteilter Geflüchteter und eine gute Ausstattung aller Strukturen vor Ort. Diese dezentrale Unterbringung findet erfolgreich statt.

Wir sind davon überzeugt, dass die Marburger Ausländerbehörde ein Selbstverständnis besitzt, welches zu unserer vielfältigen Stadt passt. Nicht ohne Grund wurde die Ausländerbehörde nach und

nach personell gestärkt. Wir gehen diesen Weg weiter und unterstützen den bereits eingeschlagenen Weg unserer Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde. Das heißt, dass diese als Dienstleistungszentrum fungieren wird. Die anspruchsvolle Tätigkeit im Staatsbürgerschafts- und Ausländerrecht erfordert gute Arbeitsbedingungen und genügend Zeit zur Bearbeitung der Anliegen der Marburger*innen. Daher werden wir die Ausländerbehörde weiterhin mit genügend Personal ausstatten. Ermessensspielräume, die im Ausländerrecht existieren, sollen weiterhin genutzt werden, um die Lebensverhältnisse und Chancen von Menschen, die neu nach Marburg kommen, bestmöglich zu verbessern.

Wir unterstützen die Abschaffung des Sperrkontos für internationale Studierende und begrüßen Erleichterungen der Stadt Marburg in dieser Hinsicht. Das Sperrkonto wird in Marburg nur noch in wenigen Fällen verlangt. Wir werden Wege suchen, um das Sperrkonto endgültig rechtssicher abzuschaffen.

Die Zivilgesellschaft, die sich für Bleiberechte einsetzt, ist eine wertvolle Partnerin der Stadt. Ankommen und Integration müssen gefördert, nicht behindert werden.

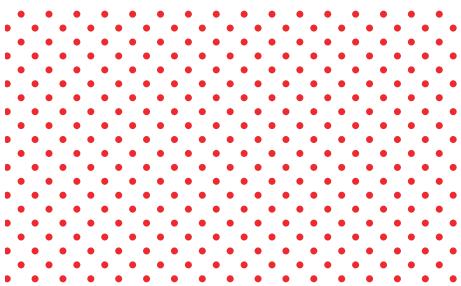
Die Vermeidung der Folgen von Altersarmut treiben wir seit Jahren voran und dies bleibt auch für die Zukunft ein wichtiges Thema. Wir werden Beratungs- und Hilfsangebote weiterentwickeln und die Beratung von älteren Menschen zu möglichen Unterstützungsangeboten fördern. Wir werden die erfolgreichen Modelle der Initiativen vor Ort sowie Handlungsansätze wie „In Würde teilhaben“ evaluieren und wichtige Angebote verstetigen. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Erhalt von Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen sein. Diese Orte

ermöglichen soziale Kontakte und tragen zum Miteinander der Generationen bei. Die Strategie- und Aktionspläne „Gut Älterwerden in Marburg“ werden fortgeführt und die zahlreichen Handlungsfelder verstetigt. Relevante Ansätze zu ambulanten und stationären Hilfen, Gesundheit und Sport sowie Pflege und Wohnraumentwicklung sollen sich darin wiederfinden.

Ein wichtiges Ziel ist die Förderung von generationenübergreifenden Projekten. Dazu gehört unter anderem auch das gemeinschaftliche Wohnen. Mit dem Projekt am Oberen Rotenberg wurde ein Vorbild für Konzeptverfahren mit Gemeinwohlorientierung in Marburg geschaffen. Hier wird das gemeinschaftliche Wohnen ins Zentrum genommen und es werden Menschen dazu ermutigt, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Solche Projekte werden wir als Marburger SPD tatkräftig unterstützen, ergänzt durch weitere Angebote wie den Austausch von Wissen zwischen Alt und Jung sowie gemeinsame Besuche von Kultur- und Freizeitangeboten.

Mit der Ombudsstelle „FairWohnen“ haben wir eine neue Struktur geschaffen, die nicht nur, aber insbesondere auch ältere Menschen bei bürokratischen Hürden unterstützt. Gerade in überforderten Mietfragen leisten die Ombudspersonen eine wichtige Arbeit und tragen zudem zum Mieterschutz bei. Zudem vermitteln sie an geeignete Beratungsstellen, damit Betroffene ihre Rechte in Mietfragen wahrnehmen können.

Die fortschreitende Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Menschen, die mit moderner Technik weniger vertraut sind, von Teilhabe ausgeschlossen werden. Dienstleistungen der Stadt müssen daher nicht nur digitalisiert werden, sondern auch weiterhin analog bestehen bleiben, damit Teilhabe und Unterstüt-



zung für alle möglich bleibt. Das „Haus der Marburger Altenhilfe St. Jakob“ am Richtsberg hat sich zu einem lebendigen Ort für das gute Leben im Alter und für die Begegnung der Generationen entwickelt.

Das dort befindliche Begegnungszentrum (BBGZ) hat sich zu einem vorbildlichen sozialen Zentrum entwickelt. Diese wichtigen sozialen Strukturen gilt es insbesondere in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zu erhalten. Damit vielfältige und lebenswerte Stadtteile wie der Richtsberg die Unterstützung bekommen, die ihnen zustehen.

Feminismus ist für uns ein zentrales politisches Anliegen und eine Grundlage für eine gerechte, vielfältige und demokratische Stadtgesellschaft. Marburg verfügt seit Jahrzehnten über starke Strukturen zur Gleichstellung – diesen Weg wollen wir entschlossen fortsetzen.

Frauen nutzen Kultur- und Sportangebote überdurchschnittlich, sind als aktive Akteurinnen jedoch weiterhin unterrepräsentiert.

Deshalb setzen wir uns für mehr Sichtbarkeit von Frauen in Kultur und Sport ein, fördern entsprechende Projekte und unterstützen Awareness-Kampagnen gegen Sexismus und Belästigung wie „Kein Sexismus im Sport“ oder „Stop Catcalling“. Wir sind stolz auf unsere erstklassigen Blue Dolphins, die Basketballerinnen des BC Marburg.

Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen hat für uns höchste Priorität. Der gefährlichste Ort ist für viele Frauen das eigene Zuhause, die gefährlichste Person ist der Partner oder Ex-Partner. Femizide sind die drastischste Form geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Wir befürworten flächendeckende Fort- und Weiterbildung von Polizist*innen, Richter*innen, Familienrichter*innen sowie Staatsanwält*innen in Marburg für eine stärkere Sensibilisierung und Aufklärung für Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Diese muss in all ihren Erscheinungsformen erkannt und entsprechend adressiert werden. Opfer dürfen keine Retraumatisierung durch unsensiblen Umgang erfahren.

Wir stehen verlässlich an der Seite des Frauenhauses und sichern dessen Unterstützung langfristig ab. Prävention, Aufklärung und stärkende Angebote – etwa Selbstverteidigungskurse – sind für uns ebenso zentral wie öffentliche Aktionen wie der Orange Day oder „One Billion Rising“. Mit dem Peer-Programm gegen K.-o.-Tropfen, das 2025 gemeinsam mit dem Frauennotruf und weiteren Partnern gestartet wurde, geht Marburg einen wichtigen Schritt für mehr Sicherheit.

Auch im Bereich der Gesundheit verfolgen wir einen feministischen Ansatz und machen uns stark für frauenspezifische Gesundheitsangebote, Prävention und Aufklärung – etwa bei Brustkrebs oder rund um Schwangerschaft, Geburt und die Arbeit von Hebammen.

Gleichberechtigung verstehen wir als Querschnittsaufgabe: von sicherer Stadtplanung über faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gleiche Bezahlung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zur Förderung von Frauen in Politik, Wirtschaft und Stadtgeschichte. Mento-

ring-Programme für Frauen in der Kommunalpolitik sind dabei ein wichtiger Baustein.

Antifeminismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Rechtsextreme Angriffe auf Gleichstellung und Selbstbestimmung weisen wir entschieden zurück und engagieren uns aktiv im Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Erfolge in der Gleichstellung entstehen durch Zusammenarbeit. Deshalb setzen wir weiterhin auf die enge Vernetzung von Stadt, Initiativen und Ehrenamt – sichtbar etwa beim vielfältigen Programm rund um den Internationalen Frauentag. Gleichberechtigung gelingt nur gemeinsam. Für alle.

KURZ GESAGT

Marburg bleibt eine Stadt mit sozialer Verantwortung. Allen Ideen zur Schließung des Sozialamts und Abgabe an den Landkreis erteilen wir eine klare Absage.

Wir kämpfen gegen Armut, ganz konkret: Mit Gemeinwesenarbeit, Servicestelle für Soziales, eigenständigem Sozialamt und MarburgPass.

Wir sorgen dafür, dass Menschen in Not die **sozialen Einrichtungen im Stadtteil** finden: Mit Stadtteilzentren, Begegnungsorten und Projekten wie „Sozialer Zusammenhalt“ für Beratung, Unterstützung und Begegnung vor Ort.

Wir wollen, dass in Marburg niemand einsam ist, entwickeln eine Marburger Strategie gegen Einsamkeit und setzen bestehende Angebote fort.

Bezahlbares Wohnen und Schutz vor Obdachlosigkeit ausbauen – mit gewobau, VinziDorf, spezialisierten Angeboten für Frauen und Familien sowie Strukturen, wie der Ombudsstelle „FairWohnen“.

Inklusion und Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht. Wir werden selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Be-

einträchtigungen in allen Lebensbereichen ermöglichen.

Integration als gemeinsame Aufgabe stärken: Dezentrale Unterbringung, gute Ausstattung der Strukturen vor Ort, WIR-Vielfaltzentren, Sprachkurse, integrationsfreundliche Ausländerbehörde und Ablehnung ausgrenzender Instrumente wie der Bezahlkarte.

Gutes Leben im Alter fördern – mit Beratung gegen Altersarmut, Begegnungsorten, generationenübergreifenden Wohnprojekten, einer demenzfreundlichen Kommune sowie analog zugänglichen städtischen Dienstleistungen trotz Digitalisierung.

Feministische Politik und Schutz vor Gewalt ausbauen: Starke Gleichstellungsstrukturen, Sichtbarkeit von Frauen in Sport und Kultur, Unterstützung von Frauenhaus und Prävention sowie klare Haltung gegen Sexismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.





WIR VERBINDEM GENERATIONEN: FAMILIEN, KINDER, JUGENDLICHE UND ÄLTERE

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Ob als Eltern, Großeltern, Alleinerziehende, Patchwork-Familie, Regenbogen-Familie, als Freundinnen und Freunde oder in gewachsener Nachbarschaft. Marburg ist eine familienfreundliche Stadt. In vielen Jahren haben wir eine gute Kinderbetreuung für Kinder geschaffen.

Sozialdemokrat*innen haben den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung herbeigeführt und mit dem Gute-Kita-Gesetz für hohe Qualität gesorgt.

Mit der Qualitätsoffensive für Kitas von Stadträtin Kirsten Dinnebier hat Marburg überregional Maßstäbe gesetzt. Unter sozialdemokratischer Führung wurden einst rund 500 Ganztagsplätze in Kinderkrippen und Kitas geschaffen. Wir haben die Gebühren für Kinderbetreuung einst abgeschafft. Auch wenn im Rahmen der schwierigen Haushaltslage Gebühren für die Kinderbetreuung notwendig sind, so sind diese in Marburg im Vergleich zu anderen hessischen Städten besonders niedrig.

Als die Partei, die Kita-Gebühren in Marburg abgeschafft hat, werden wir alles daran setzen, die Haushaltslage so zu stabilisieren, dass es wieder flächendeckend kostenfreie Kitas geben wird.

Wir werden auch in Zukunft die Bedarfe der Kinderbetreuung in allen Altersstufen sicherstellen. Durch mehr Gruppen, durch bessere räumliche Bedingungen und durch den Ausbau von Betreuungsplätzen, um den Bedarfen auch in Zukunft gerecht zu werden. Wir werden die landesweiten Standards der Betreuungsqualität einhalten und unsere Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen.

Wir werden die Kinderbetreuung weiterentwickeln und nachhaltig stabilisieren. Das heißt konkret: Gruppengrößen so gestalten, dass pädagogische Mitarbeiter*innen und Leitungskräfte genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung sowie individuelle Betreuung haben. Wir bemessen Personalbedarfe nach pädagogischen Herausforderungen und der Situation in den Quartieren und Stadtteilen. Dort, wo besondere Bedarfe bestehen, steht auch mehr Betreuungspersonal zur Verfügung.

Vor allem muss die Organisation dringend verbessert werden, um Eltern eine sichere Betreuung garantieren zu können. Angesichts des erheblichen Rückgangs der Zahl der Kinder muss endlich wieder eine Kindertagesstättenplanung aufgelegt werden, die den Namen verdient und Eltern deutliche Perspektiven aufzeigt.

Ungleicher gezielt ungleich behandeln - das war das Motto der Qualitätsoffensive und daran wollen wir wieder anknüpfen. Damit kein Kind zurückgelassen wird. Das Personal wird anhand bestehender Standards aufgestellt. Wir möchten mehr Spielplätze und insbesondere in Stadtteilen, die keinen einfachen Zugang zu Spielplätzen haben, neue Spielplätze schaffen.

Wir werden die Sanierung der Schulen mit BiBaP II und ebenso der Kitas fortsetzen. Durch entsprechende Investitionen schaffen wir Planungssicherheit.

Wir fordern, dass Bund und Land die Personalkosten in Kita und Ganztagsbetreuung übernehmen. Im Sinne der Konnexität muss gelten: „Wer bestellt, zahlt auch“.

Wir wollen, dass junge Menschen ihrer Stimme Gehör verschaffen können, und sie dabei unterstützen, ihre Ziele zu erreichen. Im Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) arbeiten seit mehr als 25 Jahren Schüler*innen verschiedener Schulen und Jahrgangsstufen zusammen. Sie entwickeln eigenständig Projekte und setzen sich erfolgreich für ihre Interessen ein. Wir stehen uneingeschränkt hinter dem Antragsrecht für das KiJuPa in der Stadtverordnetenversammlung und schätzen ihre politischen Initiativen.

Wir werden den intensiven und wertschätzenden Austausch mit Jugendlichen fortsetzen. Doch Partizipation heißt nicht nur zuhören und sprechen. Partizipation heißt konkrete Teilhabe und Mitgestaltung. Deswegen begrüßen wir junge Menschen, wenn sie gemeinsam mit uns Kommunalpolitik umsetzen möchten.

Wir setzen uns für mehr Treffpunkte für Jugendliche ein. Jugendliche haben das Recht, sich in öffentlichen Räumen aufzuhalten, und ihre Anwesenheit sollte nicht problematisiert werden. Sie brauchen Orte des Entspannens und Orte des Feierns. Dies macht das Jungsein aus und sollte im Einklang mit den Bedürfnissen aller Marburger*innen möglich sein. Insbesondere ein guter ÖPNV ist für die Mobilität von jungen Menschen wichtig, um Schule und Treffpunkte gut und sicher zu erreichen. Den Ausbau des ÖPNV auch in die Außenstadtteile wollen wir daher weiter voranbringen. Im Rahmen des Ausbaus des ÖPNV setzen wir uns dafür ein, dass die gute, wohnortnahe Anbindung für alle weiter verbessert wird.

Wir führen den erfolgreich eingeschlagenen Weg zu einem demenzfreundlichen Marburg entschlossen fort.

Selbstbestimmung und Teilhabe sind im Alter zentral für Lebensqualität, Gesundheit und Würde. Selbstbestimmung stärkt Autonomie, Selbstwert und psychische Stabilität, während soziale Teilhabe Einsamkeit vorbeugt und körperliches sowie seelisches Wohlbefinden fördert. Beide Aspekte bedingen einander: Wer über sein Leben mitbestimmen kann, bleibt engagiert und organisiert leichter Unterstützung, wodurch Selbstständigkeit erhalten bleibt.

Ältere Menschen befinden sich in einer Lebensphase, in der sowohl neue Freiheiten als auch die Auseinandersetzung mit

der eigenen Endlichkeit eine wichtige Rolle spielen. Nach dem Berufsleben eröffnen sich für viele zunächst Gestaltungsspielräume für Engagement, Beziehungen, Hobbys und Reisen, zugleich rückten Themen wie Gesundheit, Pflegebedürftigkeit, Wohnform sowie soziale und digitale Teilhabe stärker in den Mittelpunkt.

Wir werden daher Strukturen erhalten und zusätzliche schaffen, die Mitbestimmung, Begegnung und Unterstützung im Alltag erleichtern – das Konzept III "Gut Älterwerden in Marburg" bildet dabei auch weiterhin die Grundlage unseres Handelns.

Das Haus der Marburger Altenhilfe St. Jakob am Richtsberg haben wir zu einem Ort des guten Lebens im Alter und der Begegnung der Generationen weiterentwickelt. Das darin integrierte Beratungs- und Begegnungszentrum ist mit seinen vielfältigen Angeboten für den Stadtteil zu einem weiteren Baustein der sozialen Versorgung am Richtsberg geworden.

Seit 25 Jahren unterstützt das Marburger Pflegebüro Pflegebedürftige, Angehörige und Betreuende bei Fragen und der Suche nach passenden Hilfen bei Alter, Krankheit und Beeinträchtigung. Diese Schlüsselrolle soll das Pflegebüro auch in den nächsten Jahren einnehmen.



KURZ GESAGT

Wir stehen für **gute Bildung und Betreuung von Anfang an:** von der Krippe über die Kita bis zur Grundschule.

Wir werden eine verlässliche, bedarfsgerechte **Betreuung für Alle** sicherstellen.

Wir verbessern die Kitas durch moderne und kindgerechte Kita-Gebäude.

Wir sorgen für **Chancengleichheit durch erstklassige Bildung** von Anfang an, die sich am Bedarf des einzelnen Kindes orientiert und dafür genug Personal und Ressourcen bereitstellt.

Wir haben die Kita-Gebühren 2018 abgeschafft und werden das so bald wie möglich wieder machen.

Wir setzen die **strategische Sanierung und Ausbau unserer Schulen** mit BiBaP II fort.

Mehr Spielplätze schaffen, insbesondere in unversorgten Stadtteilen.

Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken, Antragsrechte des KJuPa sichern und konkrete Mitgestaltungsmöglichkeiten und Austauschformate.

Wir werden **selbstbestimmte Räume und Treffpunkte für Jugendliche** schaffen.

Wir verbinden Einsamkeit und verbessern **Lebensqualität und Miteinander für ältere Mitbürger*innen**, in dem wir die Begegnungs-, Beteiligungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen ausbauen.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – FÜR ALLE

Bildungsgerechtigkeit ist und bleibt ein zentrales sozialdemokratisches Projekt. Wir stehen zum Versprechen, dass gute Bildung dem Menschen dient und jeder Mensch gute Bildung verdient. Sie ist Basis für persönlichen und wirtschaftlichen Erfolg, für Teilhabe und Mitbestimmung.

Marburg ist ein hervorragender Bildungsstandort. Wichtige soziale Strukturen zu sichern, ist das Ziel der Haushaltkskonsolidierung, dazu gehört auch die Bildung. Hier spielen nicht nur unsere Schulen eine wichtige Rolle, sondern auch die Stadtbücherei, deren Erfolg sich in überdurchschnittlichen Zahlen misst, sowie die Musikschule, die Volkshochschule und weitere Träger der Erwachsenenbildung.

Kitas und Schulen sind nicht nur Bildungsorte, sondern auch Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Hier verbringen sie viel Zeit und lernen das soziale Miteinander. Die Stadt hat vor allem die Verantwortung für gute räumliche Bedingungen und Ausstattung. Das gilt auch für die Außengestaltung, insbesondere für Schulhöfe und Freiflächen. Das Lernen und Spielen soll auch bei großer Hitze im Freien möglich sein.

Das Bildungsbauprogramm BiBaP hat verlässliche und mit den Schulen abgestimmte Maßnahmen zur Gestaltung des Lebensraums Schule ermöglicht. Wir haben zu dieser Zeit 30 Millionen Euro versprochen und investiert. Mit dem Bildungsbauprogramm BiBaP II investieren wir weiter in verlässliche und mit den Schulgemeinden abgestimmte Maßnahmen zur Gestaltung des Lebensraums Schule. Das werden wir fortsetzen, gera-

de weil die finanziellen Spielräume enger werden. Fördermittel wie das Startchen-Programm müssen konsequent eingeworben werden. Zuletzt ist beispielsweise die Astrid-Lindgren-Schule mit modernen Modulbauten fit gemacht worden. Auch an den Grundschulen in Elnhausen und Michelbach ist dies in hervorragender Weise gelungen.

Bei der digitalen Ausstattung haben wir einiges erreicht. Den Medienentwicklungsplan werden wir weiter umsetzen und so die digitale Infrastruktur unserer Schulen modernisieren, bis jede Marburger Schule entsprechend ihrem medienpädagogischen Konzept voll ausgestattet ist. Unser städtisches Medienzentrum wird die digitale Kompetenz von Schüler*innen und Lehrkräften weiterhin intensiv unterstützen und kompetent fördern.

Dem veränderten Raumbedarf im Zuge der Ganztagsentwicklung wollen wir mit Innovationen Lösungen entsprechen. Auch die Einrichtungen frühkindlicher Bildung brauchen eine verlässliche Perspektive für die Entwicklung ihrer Räumlichkeiten. Eltern können auch in Zukunft darauf vertrauen, dass der Ausbau der Kita-Plätze bedarfsgerecht erfolgt.



Das Recht auf Ganztagsbetreuung stellt Kommunen wie Marburg vor eine große Herausforderung. Der Verantwortung für faire Chancen für alle Kinder und Familien stellen wir uns und werden die Ganztagsbetreuung strukturiert ausbauen. Wir unterstützen die Schulen bei ihrer Entwicklung von individuellen Schulprofilen. Ganztagschule bietet einen Lern- und Lebensort, an dem sich Schüler*innen wohlfühlen, wo sie lernen können, gefördert und gefordert werden, toben können, Rückzugsorte finden. Es entspricht unserer Überzeugung, dass Ganztagschulen bessere Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder bieten. Mit einer Rhythmisierung des Unterrichts können schulische und außerschulische Angebote viel besser im Tagesverlauf miteinander verknüpft und damit auch Phasen von Anspannung und Entspannung flexibler und bedürfnisorientierter über den Tag verteilt werden.

Der Schulalltag beginnt mit dem täglichen Weg zur Schule. Wir werden weiter daran arbeiten, den Schulweg für alle sicherer zu machen. Mit der Umgestaltung der Leopold-Lucas-Straße und Tempo 30 auf den zentralen Schulwegen haben wir gezeigt, wie es gehen kann. Kurze Beine, kurze Wege: Wir setzen uns auch in Zukunft für kleine, wohnortnahe Schulstandorte ein.

Interesse für die sogenannten MINT-Fächer und der Aufbau von Kompetenzen bereits bei Kindern und Jugendlichen sind uns ebenso wichtig. Hierbei leistet auch das Chemikum eine wichtige Arbeit, die wir weiter unterstützen wollen.

Ganzheitliche Bildung werden wir auch in Zukunft in Kooperation mit freien Trägern und ehrenamtlichen Initiativen fördern. Außerschulische Lernorte, wie das Jugendwaldheim Rossberg und das Bildungshaus am Teufelsgraben, sind wichtige Bausteine moderner Umwelt- und

Erlebnispädagogik. In den letzten Jahren haben wir insbesondere die Umwelt- und Ernährungsbildung finanziell unterstützt. Dies wird auch in Zukunft ein inhaltlicher Schwerpunkt sein, damit unsere Kinder verantwortungs- und nachhaltigkeitsbewusst aufwachsen können.

Inklusion ist uns wichtig, und wir erkennen an, dass besondere Förderbedarfe spezielle pädagogische Ansätze in eigenständigen Schulen erfordern können. Dies gilt insbesondere für die Mosaikschule, die ein neues Schulgebäude erhalten muss.

Wir wollen die inklusive Schule für alle. An Regelschulen unterstützen wir neue, kindgerechte Lernkonzepte, um Chancengerechtigkeit zu fördern und sicherzustellen, dass kein Kind zurückgelassen wird.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung oder ein weiterführendes Bildungsangebot erhalten. Daher wollen wir Jugendliche, die ihre (Schul-)Ausbildung abgebrochen haben, besonders in den Blick nehmen und entsprechende Programme unterstützen. Für junge Menschen wollen wir ein Wohnheim, das bei Blockunterricht in der Berufsschule oder bei Ausbildungen, die entfernt vom Heimatort in Marburg absolviert werden, zur Verfügung steht. Wir setzen uns für wohnortnahe Angebote der Berufsschulen ein. Daher werden wir die Entstehung von Azubi-Wohnheimen in Marburg aktiv unterstützen. Durch die Talent-Scouts fördern wir die duale Ausbildung und unterstützen heimische Unternehmen in der Gewinnung von Fachkräften von morgen.

Auch Erwachsene wollen lernen: Sei es an den Abendschulen Marburg oder der Volkshochschule. Die Marburger Volkshochschule ist unser kommunaler Träger der Erwachsenenbildung. Sie soll – eben-

so wie die Stadtbücherei – ein Ort demokratischer Bildung und Beteiligung bleiben. Wir möchten Synergien zwischen unserer Volkshochschule und der Stadtbücherei heben und befürworten daher eine Zusammenlegung dieser beiden elementaren Institutionen an einem Ort.

Für uns steht fest: Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Gute Rahmenbedingungen für unsere Grundschulen, für weiterführende und beruflichen Schulen. In diesem Sinne werden wir auch weiterhin unsere Schulen in ihrer Entwicklung unterstützen. Wir stehen an der Seite der RGS, um den seit Langem bestehenden strukturellen Mangel zu

überwinden und den Ausbau um eine Profil-Oberstufe voranzubringen.

Für alle Ziele und Maßnahmen gilt: Verlässliche Absprachen und gelebte Beteiligung mit allen, die mit Bildung zu tun haben, sind unverzichtbar. Mit den Erwachsenen, als Eltern oder Lehrer*innen oder Sozialpädagog*innen, aber in geübter Praxis auch weiterhin in engem Austausch mit dem Kinder- und Jugendparlament. Damit soziales Lernen und Zuversicht, damit Vertrauen in eigene Fähigkeiten und die der Mitmenschen Kinder und Jugendliche stark und mutig machen. Damit Zukunft gelingt. Gemeinsam. Für alle.



Wir stehen für gute Bildung, von Anfang und lebenslang. **Bildung ist Chancengleichheit.** Bildung ist die Basis für Erfolg, Teilhabe und Mitbestimmung.

Schulen müssen gute, angenehme Lern- und Lebensräume sein. Wir setzen die Sanierung und Ausbau unserer Schulen mit dem erfolgreichen Bildungsbauprogramms mit BiBaP II fort, im Dialog mit denen, die sie nutzen.

Wir erweitern und ergänzen Schule durch das Chemikum, das Robotikum, das Schultheater-Netzwerk Mittelhessen und werden Umweltbildung und Erlebnisräume schaffen, an denen Kinder und Jugendliche die Welt mit eigenen Augen entdecken.

Sicher ans Ziel: **Unsere Kleinsten verdienen den sichersten Schulweg.** Dafür stehen wir.

Inklusion ist für uns kein Schlagwort, sondern Herzenssache. Wir fördern gemeinsames Lernen.

Faire Chancen für alle Kinder und Familien sind für uns eine besondere Verantwortung. Die räumlichen Voraussetzungen für Ganztagsangebote und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wollen wir verlässlich umsetzen.

Die digitale Infrastruktur werden wir weiter modernisieren - bis jede Marburger Schule ihrem Konzept entsprechend voll ausgestattet ist. Wir stärken Medienkompetenz.

Wir werden **Schüler*innenvertretungen und Elternbeiräte** in Schule und Kita in Entscheidungen einbeziehen und ihre Rechte verbessern.

Ob Azubi-Wohnheim oder Schulabschluss, **wohnortnahe Grundschule oder Berufsschule**, die **Erwachsenenbildung** oder die Beteiligung von Eltern, Fachkräften und KijuPa: Wir gestalten Marburg. Gemeinsam. Für alle.

DEMOKRATIE, BETEILIGUNG UND VIELFALT

Wer aktuelle Studien zum Zustand unserer Demokratie verfolgt, der wird feststellen:

Unsere Demokratie ist bedroht, aber wehrhaft. Denn die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht hinter unserer Demokratie und sieht den Rechtsextremismus als größte Gefahr. Die Unzufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit der Demokratie jedoch wächst und es gibt noch Einiges zu tun, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Auch die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen einen deutlichen Trend: Eine zunehmende Entfremdung von staatlichen Institutionen. Eine zunehmende Sorge vor sozialer Ungleichheit und vor wirtschaftlichen Einbußen. Eine zunehmende Akzeptanz von populistischen Aussagen insbesondere bei jüngeren Wähler*innen.

Marburg lebt Demokratie und in Marburg haben Ausgrenzung, Diskriminierung und jede Form der Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Wir stehen zusammen – in Anerkennung füreinander und in gegenseitigem Respekt. Gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität, Behinderung, Alter, des sozialen Status, der Religion und/oder der Weltanschauung setzen wir uns als Marburger SPD entschieden ein. Deshalb haben wir das „Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit“ beschlossen und etabliert. Dieses stellt einen wichtigen Beitrag dar zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt

und zur Stärkung der Gesprächskultur. In den vier Handlungsfeldern „Antidiskriminierung“, „Dialog und Beteiligung“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Lokale Forschung und Fördermittelakquise“ gab es in den letzten Jahren große Fortschritte. Es wurden Trainings und Lesungen mit renommierten Expert*innen umgesetzt, innovative Dialogformate implementiert, die Vernetzung wichtiger Akteure sowie die Internationalen Wochen gegen Rassismus – eine bundesweit relevante Aktionswoche – unterstützt.

Die Resilienz einer Demokratie hängt auch davon ab, wie lokale Zivilgesellschaft und Verwaltung miteinander kooperieren. Wir schätzen die gelebte kommunale Beteiligungskultur in Marburg und möchten diesen Weg weitergehen. Der Fachverband Bürgerbeteiligung fordert nicht ohne Grund in seinem Norderstedter Appell Beteiligung als kommunale Pflichtaufgabe und eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Kommunen. Diesem Ziel schließen wir uns als Marburger SPD an. Für uns geht es bei der Resilienz unserer Demokratie weniger um die Frage der Formate, Bürger*innenbudgets, Bürger*innenräte oder andere Formen der Beteiligung. Das alles sind gute Ideen, jedoch geht es uns um die Frage, ob organisierte und nicht organisierte Bürger*innen insbesondere auf kommunaler Ebene als Partner*innen auf Augenhöhe verstanden werden.

Es stimmt: Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgerschaft bringt für beide Seiten manchmal Zeit- und Ressourcenaufwand oder zeitweise gar inhaltliche Konflikte. Das gehört zu einer aktiven Demokratie dazu.

Für uns ist die Beteiligung von Bürger*innen dennoch eine Notwendigkeit, denn sie stärkt Selbstbewusstsein, Kompetenz und Demokratieaffinität in der Zivilgesellschaft. Und die braucht es. Vor allem in den kommenden Jahren. Vor allem in Zeiten des wachsenden Extremismus.

Die Bürger*innen-Beteiligung hat in den letzten Jahren viele Marburger*innen zusammengebracht und den Austausch in vielen Themenfeldern ermöglicht. Nicht ohne Grund wird die Marburger Bürger*innen-Beteiligung überregional als vorbildlich angesehen und ist mehrfach ausgezeichnet worden. Diese muss auch in Zukunft von Fachleuten professionell und strukturiert organisiert werden. Es besteht für uns kein Gegensatz zu modernen Beteiligungsformaten, gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren und bestehenden Gremien wie Ortsbeiräten, Stadtteilgemeinden und Beiräten – sie ergänzen sich in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft wunderbar. Bei grundsätzlichen oder kontroversen Fragen der Stadtentwicklung haben sich Bürger*innen-Befragungen bewährt. Diesen Weg werden wir weitergehen. Im Hinblick auf die Zuständigkeit von Ortsbeiräten in der Kernstadt werden wir prüfen, ob ihre Effektivität und Akzeptanz durch einen neuen Zuschnitt der Bezirke gesteigert werden könnte.

Unser Engagement für Demokratie und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie Menschenfeindlichkeit werden wir konsequent fortsetzen. Die Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) in Marburg muss weiterhin finanziell abgesichert werden, um ihre wertvolle Arbeit weiterhin umsetzen zu können. Die Antidiskriminierungsberatung wird neu strukturiert und soll künftig stärker Betroffenen-zentriert

agieren können. Wir unterstützen die finanzielle Absicherung des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen e.V., der Betroffene kompetent berät. Diese unabhängigen Strukturen sind wichtig und dürfen nicht verloren gehen. Wir streben einen Dialog mit allen Gruppen und Haltungen in der Stadt an, um für unsere Überzeugungen zu werben und Menschen für die Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu gewinnen.

Die Universitätsstadt Marburg soll weiterhin eine aktive Rolle im Antidiskriminierungsnetzwerk Mittelhessen einnehmen, sich mit Akteuren in dem Feld vernetzen sowie Sensibilisierung, Beratung und Beistand vor Ort unterstützen. Wir werden eine Antidiskriminierungsrichtlinie auf den Weg bringen und städtische Maßnahmen im Bereich Antidiskriminierung und gesellschaftliche Vielfalt zusammenfassen und forschreiben. Eine Studie zu Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt konnte bereits erfolgreich umgesetzt werden.

Wir werden Diskriminierungsdynamiken in weiteren Lebensbereichen untersuchen lassen und Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Kommune prüfen. Wir setzen uns das Ziel, für städtische Vergaben eine Antidiskriminierungsklausel einzuführen.

Die Verwaltung und die städtischen Unternehmen nehmen eine Vorbildfunktion ein: Wir stehen für eine diskriminierungsfreie Verwaltung, in der Bürger*innen und Verwaltung auf Augenhöhe zusammenkommen. Führungskräfte in der Stadtverwaltung sowie den städtischen Unternehmen werden auch weiterhin für Diskriminierung und Rassismus sensibilisiert. Wir werden im Rahmen strukturierter Öffnungsprozesse den Anteil von Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie unter den Beschäftigten

der Verwaltung und der städtischen Unternehmen weiter konsequent erhöhen.

Bereits jetzt ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Marburger Stadtverwaltung überdurchschnittlich hoch. Diesen Weg werden wir weiter gehen und Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie weitere marginalisierte Gruppen für Führungsaufgaben gezielt unterstützen.

Unser Bekenntnis zur Istanbul-Konvention zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und zur Gleichstellung der Geschlechter bleibt fest. Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit werden wir weiterhin gezielt fördern. Den Frauennotruf werden wir absichern, um betroffenen Frauen den nötigen Schutz zu bieten. Wir sichern Frauen in Not Schutz und Unterstützung zu, unter anderem durch Angebote im Frauenhaus sowie durch Empowerment- und Selbstbehauptungsprogramme.

Für die queere Gemeinschaft in Marburg setzen wir uns seit Jahren aktiv ein. Wir haben den Christopher-Street-Day Mittelhessen nach Marburg geholt und finanziell unterstützt. Wir haben die Sensibilisierung der Marburger Stadtverwaltung zu queeren Themen beschlossen und umgesetzt. Das Queere Zentrum ist zu einer essentiellen Institution queerpolitischer Arbeit nicht nur in Marburg, sondern in ganz Mittelhessen geworden. Hier werden Community, Expertise, Forschung und Anlaufstelle gebündelt. Diese wichtige Arbeit muss auch weiterhin finanziell abgesichert werden. Diese Struktur darf auch in Zeiten schwieriger kommunaler Haushalte nicht gefährdet sein. Wir sind froh, dass es gelungen ist, queerpolitische Themen langfristig in den Marburger Aktionsplänen zu verankern und die Öffnung kommunaler Gleichstellungsarbeit für queere Themen fortzusetzen.

Unter der Leitung des Queeren Zentrums Marburg wurde eigens eine Arbeitsgruppe „Queer Leben in Marburg“ gegründet. Wir schätzen das Engagement des Fachdienstes sowie des Queeren Zentrums Marburg und werden diese auch weiterhin bei ihrer Arbeit unterstützen. Den Ausbau des Queeren Zentrums haben wir in den letzten Jahren konsequent gefördert.

Gewalt gegen queere Personen steigt seit Jahren an. Auch in Marburg gibt es hierzu fürchterliche Vorfälle. Das verurteilen wir entschieden. Gewaltprävention und Gewaltschutz für queere Personen unterstützen wir weiter. Unter anderem, indem wir queere Perspektiven in den Marburger Aktionsplänen aufgenommen haben und nachhaltig verankern. Zudem wurde aufgrund unseres Antrags eine Untersuchung von Gewalt erfahrungen von TIN* Personen vorgenommen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Erkenntnisse strukturell in die kommunale Sicherheitspolitik Einzug halten.

Wir sind stolz auf unser Kinder- und Jugendparlament und werden deren Anliegen weiterhin tatkräftig unterstützen. Wir schätzen das KiJuPa für seine vielfältige Expertise und wollen das KiJuPa weiterhin bei wichtigen politischen Anliegen zu Rate ziehen. Zudem setzen wir uns für ein Budget sowie geeignete Räumlichkeiten für die Stadtschüler*innenvertretung ein, damit diese ihre Aktivitäten noch besser gestalten können. Diese ist in vielen hessischen Städten zu einer geschätzten und wichtigen jugendpolitischen Einrichtung geworden.

Wir freuen uns, dass sich viele Mitbürger*innen im Ausländerbeirat engagieren. Der Marburger Ausländerbeirat ist in Marburg, aber auch in ganz Hessen zu einer geschätzten Institution geworden. Die besondere finanzielle und personelle

Ausstattung des Marburger Ausländerbeirats ist dabei besonders beispielgebend. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtparlament und Ausländerbeirat ist eng und viele politische Initiativen des Beirats wurden im Stadtparlament beschlossen. Das ist gelebte Demokratie und ein sichtbares Zeichen für Vielfalt und ein gutes Miteinander. Der Beirat ist uns ein wichtiger Partner, den wir auch weiterhin als Marburger SPD tatkräftig unterstützen werden. Den am 3. Oktober jährlich gefeierten Tag der kulturellen Vielfalt möchten wir auch weiterhin finanziell absichern, denn er ist zu einer wichtigen Institution der Begegnung zwischen allen Marburger*innen geworden.

Wir unterstützen den Runden Tisch der Religionen und setzen uns aktiv gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ein. Die Sicherung der religiösen und kulturellen Vielfalt ist uns wichtig. Die Kirchen, die jüdische und die muslimische Gemeinde haben über viele Jahre ein vertrauensvol-

les Miteinander geschaffen und das strahlt in die ganze Stadtgesellschaft aus.

Wir werden einen Aktionsplan gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus einführen. Wir freuen uns, dass die neue Marburger Moschee zum Begegnungs-, Kultur- und Bildungszentrum geworden ist, und wir werden die Islamische Gemeinde dabei weiterhin unterstützen. Das jährliche Ramadanzelt ist zu einem Treffpunkt der gesamten Stadtgesellschaft geworden und soll auch weiterhin jede notwendige Unterstützung erhalten. Auch in Zukunft fördern wir den Dialog der Religionen, der für das Zusammenleben in unserer Stadt von großer Bedeutung ist.

Unsere Bürgerhäuser sind Einrichtungen der aktiven Ehrenamts- und Vereinskultur. In Ihnen geschieht Demokratie. Sie in einem guten Zustand zu halten, ist unerlässlich für den Zusammenhalt in allen Stadtteilen. Wir werden Bürgerhäuser bei Bedarf sanieren sowie nach und nach barrierefrei umbauen.



In Marburg ist kein Platz für Rechtsextremismus, Rassismus oder andere Formen der Menschenfeindlichkeit. Wir stellen uns gegen Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden, unter anderem mit dem Förderprogramm „Dialog und Vielfalt“.

Dialog, Beteiligung und eine respektvolle Gesprächskultur entwickeln wir weiter und binden Bürger*innen als Partner*innen auf Augenhöhe ein. **Bürger*innenbeteiligung, Demokratieförderung und Ex-**

tremismusprävention sichern wir weiterhin finanziell ab.

Antidiskriminierung verankern wir strukturell bei städtischen Vergaben. Eine vielfältige, diskriminierungsfreie Stadtverwaltung stärken wir gezielt.

Das Queere Zentrum sowie Frauen- und Gewaltschutzangebote sichern wir **dauerhaft**. Kinder- und Jugendparlament, Ausländerbeirat und Bürgerhäuser unterstützen wir verlässlich.

SOZIALER KLIMASCHUTZ: KONSEQUENT, SOZIAL, VERBINDEND

Die beeindruckenden Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung seit 2018 haben uns motiviert, unsere Anstrengungen zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels weiter zu intensivieren. Seitdem ist in Marburg viel passiert. Im Jahr 2020 haben wir den Klima-Aktionsplan beschlossen, mit dem Ziel, Marburg bis 2030 CO2-neutral zu machen. Auch wenn die kommunalpolitischen Möglichkeiten bei der Frage des globalen Klimaschutzes begrenzt sind, haben wir uns unserer Verantwortung gestellt und Maßnahmen im Lokalen gesucht. In gemeinsamer Verantwortung mit unseren Koalitionspartnern und den zuständigen Dezernent*innen wurde einiges auf den Weg gebracht. Um die Bürgerinnen und Bürger in ihren Bemühungen zu unterstützen, haben wir Förderprogramme aufgelegt, die dazu beitragen, umweltfreundliche Projekte und Initiativen zu realisieren. Ein Beispiel hier ist der Gründach-Zuschuss zur Begrünung von Dächern. Diese Dächer tragen nicht nur zur Verbesserung des Stadtklimas bei, sondern fördern auch die Biodiversität. Das Förderprogramm für nachhaltiges Wassermanagement unterstützt bei der Installation von Regentonnen. Dadurch können Haushalte ihre Wasserkosten und den eigenen Verbrauch senken. Wesentlich ist unser Sonderförderprogramm für Balkonkraftwerke, womit der Kauf von sogenannten Balkonsolaranlagen finanziell gefördert wurde. Diese zeitlich begrenzte Förderung unterstützte Käufer*innen mit 50 % Förderung. MarburgPass-Inhaber*innen bekamen bis zu 85 % der Balkonsolaranlagen gefördert – das ist sozialer Klimaschutz! Mit dem sozialen Energiebonus

unterstützen wir energetische Sanierungen in Mietwohnungen, wobei die gewobau mit gutem Beispiel vorangeht.

In Zeiten der Haushaltkskonsolidierung wird es zunehmend schwierig, Förderprogramme wie die genannten fortlaufend zu finanzieren. Mit diesen Förderprogrammen konnten wir Marburger*innen dabei unterstützen, aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Dies kann jedoch nur ein initialer Anreiz sein, denn Klimaschutz muss von der gesamten Gesellschaft getragen sein, also Unternehmen, Privathaushalten, Vermietenden und Mietenden sowie der Stadt. Vor dem Hintergrund der Haushaltkskonsolidierung sind Förderprogramme auf ihre finanzielle Nachhaltigkeit zu prüfen und haushälterische Prioritäten zu setzen.

Als Marburger SPD sind wir klar aufgestellt: Sozialer Klimaschutz bedeutet, dass vor allem jene unterstützt werden, die es nicht aus eigener Kraft schaffen oder sich Klimaschutzmaßnahmen schlichtweg nicht leisten können. Für die SPD steht fest, dass der soziale Energiebonus eine direkte Unterstützung ist für Haushalte, die von steigenden Energiekosten betroffen sein könnten, während er Sanierungsmaßnahmen finanziell unterstützt und dem Klimaschutz direkt dienlich ist. Der soziale Energiebonus ist ein wichtiger Baustein dafür, dass Haushalte mit geringem Einkommen sich Klimaschutz leisten können.

Darüber hinaus profitiert gerade unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft gewobau von den Mitteln, weswegen

Fördermittel zudem dem Ziel der Sicherung des bezahlbaren Wohnraums dienen.

Wir setzen den Klima-Aktionsplan um, fördern weiterhin Klimaschutz-Maßnahmen und treiben den Ausbau von Elektro-Ladestationen voran. Denn wir brauchen eine klimagerechte Stadtplanung, damit insbesondere ältere und schutzbedürftige Menschen Schutz vor Hitze erfahren, so wie es bereits beispielsweise in der Liebigstraße und am Lutherischen Kirchhof in Angriff genommen worden ist.

Dachbegrünungen, Baum-Beschattungen und das Verbot von Stein- und Schottergärten haben wir umgesetzt und werden weitere Maßnahmen in diesem Feld auf den Weg bringen.

Die Marburger Stadtwerke sollen weiterhin dazu befähigt werden, klimaneutral zu werden und dafür in erneuerbare Energien investieren. Den Ausbau von Solaranlagen und der Windkraft werden wir weiter vorantreiben.

Wir haben Marburg zu einem Teil der Blue Community gemacht und mehr Trinkbrunnen in der Stadt gebaut. Damit sind wir hessenweit Vorreiter. Wasser ist eine wichtige Ressource, und wir fördern die Speicherung und Nutzung von Regenwasser sowie die Entsiegelung von Flächen, um weniger Grundwasser zu verbrauchen. Renaturierungen von Fließgewässern sind ein weiterer Baustein zum Schutz von Wasser und Natur.

Marburg ist schon jetzt eine der grünensten hessischen Städte! Wir werden weitere Anstrengungen zum Schutz von Parks und Friedhöfen als ruhige Grünflächen unternehmen. Wir werden den natürlichen Wald auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten und weitere große Naturwaldzellen schaffen. Naturräume und Wälder sollen besser mit dem Klimawandel umgehen können. Daher werden wir die Resilienz dieser Gebiete weiter fördern, ebenso wie den Schutz des Alten Botanischen Gartens. Marburg soll durch nachhaltigen Tourismus und als Tagungsort wachsen.



Konsequente Umsetzung des **Klimaaktionsplans und klimagerechter Stadtplanung zum **Schutz vor Hitze**.**

Sozialen Energiebonus sichern, um Mieten bei Modernisierungen stabil zu halten.

Haushalte mit geringem Einkommen gezielt bei Klimaschutzmaßnahmen unterstützen.

Dachbegrünung, Baumbeschattung und Entsiegelung weiter ausbauen.

Resilienz von Naturräumen stärken und Alten Botanischen Garten schützen.

Regenwassernutzung fördern und Renaturierung von Fließgewässern fortsetzen.

Ausbau von E-Ladestationen weiter vorantreiben.

Ausbau von Solarenergie und Windkraft durch unsere Stadtwerke weiter vorantreiben.



MOBILITÄT FÜR ALLE IN DER STADT

Mobilität bewegt Menschen – weit über die wörtliche Bedeutung hinaus. Kaum ein anderes Thema wird so leidenschaftlich diskutiert. Weil Mobilität alle betrifft. Wir respektieren das Ergebnis des Bürgerentscheids zum Mobilitätskonzept und stellen fest, dass sich die Diskussion weitgehend auf Maßnahmen im Handlungsfeld D – Kfz-Verkehr – bezog. Als Demokrat*innen folgen wir Entscheidungen der Mehrheit uneingeschränkt, daher sind viele der Maßnahmen, deren unmittelbares Ziel die Verringerung von Kfz-Verkehren ist, nicht mehr möglich. Die Fragestellung des Bürgerentscheids zur Reduktion des Kfz-Verkehrs um 50 % war unbestimmt in Bezug auf das Mobilitätskonzept, weshalb sich die Marburger SPD eine präzisere Fragestellung gewünscht hatte.

Für uns war immer klar, dass plakative Forderungen wie die Halbierung des Autoverkehrs durch die Kommune unrealistisch waren und sind und an der Realität vieler Menschen vorbeigehen. Es war nicht unsere Forderung. Die unstrittigen Vorhaben, wie zum Beispiel den klimafreundlichen ÖPNV, mehr Radwege, breitere Bürgersteige, möchten wir weiterhin umsetzen.

Für uns als Marburger SPD ist Mobilität Schlüssel zur Teilhabe und so ein zentraler Baustein für mehr Zufriedenheit und Lebensqualität. Ob mit dem Auto, dem ÖPNV, dem Rad oder zu Fuß: Mobilität muss für alle funktionieren. Deswegen lassen wir es auch nicht zu, dass die unterschiedlichen Verkehrsträger gegeneinander ausgespielt werden. Marburg muss für alle erreichbar bleiben. Auch Parkplätze wird es natürlich in Zukunft geben.

Ein besonderes Augenmerk legt sozialdemokratische Mobilitätspolitik auf die sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen. Deswegen hat das Thema Sicherheit für uns höchste Priorität.

Mit der Einführung von Tempo 30 auf der Innenstadtachse ist dazu ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wo es möglich ist, streben wir eine Ausweitung von Tempo 30 an, um die Lebensqualität der Anwohnenden und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen zu steigern.

Beim ÖPNV setzen wir uns für eine schrittweise Umsetzung des beschlossenen Nahverkehrsplans ein, um die Mobilität in Marburg nachhaltig zu verbessern. Hier gehen wir nach dem Prinzip

„Priorisierung der Anbindung der Außenstadtteile“ vor, denn finanzielle Mittel sind begrenzt. Die politischen Debatten der letzten Jahre zeigen, dass die Gelingsbedingungen für die Verkehrswende auch die bessere Anbindung der Außenstadtteile umfasst.

Dazu gehören die Einrichtung von Schnellbuslinien und enge Vertaktungen auf der Innenstadtachse, um die Erreichbarkeit zu optimieren. In den Stoßzeiten werden wir weitere Taktverdichtungen vornehmen, damit alle schnell und effizient ans Ziel gelangen. Besonders wichtig ist uns die Schaffung schneller Verbindungen von den Außenstadtteilen in die Innenstadt, zum Hauptbahnhof sowie zu den Lahnbergen im Osten und den Behringwerken im Westen – möglichst ohne Umstiege. Zudem wollen wir direkte Verbindungen zwischen benachbarten Stadtteilen und den Nachbarorten im Landkreis etablieren, um die Vernetzung zu fördern.

Solche Bedarfe gibt es auch dort im Stadtbereich, wo zum Beispiel topografische Begebenheiten einen Anschluss an Buslinien erschweren, wie etwa am oberen Ortenberg, im Bereich Ginsterweg/Europabad, am Sellhof und im Köhlersgrund. Wir wollen erreichen, dass auch hier die Menschen ohne eigenes Auto in die Stadt gelangen können.

Wir werden prüfen, wie wir einen "Wunschausstieg" aus dem Bus nach 21 Uhr umsetzen können, besonders in den Bereichen außerhalb der Kernstadt, wo Haltestellen mitunter weit auseinander liegen. In anderen Städten wird dieses Konzept bereits erfolgreich umgesetzt, um die Sicherheit auf dem Nachhauseweg zu erhöhen.

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, setzen wir auf bedarfsgangepasste, flexible und barriere-

freie Demand- bzw. AST-Verbindungen. Der Modellversuch mit Carsharing in ausgewählten Marburger Stadtteilen ist ein hoffnungsvolles Signal für nachhaltige, moderne Mobilitätspolitik. Dieses Angebot hat mehr Flexibilität und Teilhabe geschaffen.

Ein weiterer wichtiger Schritt in die Mobilität der Zukunft ist die Elektrifizierung unserer Busflotte sowie die Projektierung von autonomem Fahren. Wir bauen die Ladesäulen-Infrastruktur weiter aus. Die Stadtverwaltung stellt weiter auf Elektrofahrzeuge um und fördert den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel durch Kampagnen und Trainings.

Der Ausbau des Radwegenetzes wird auf Grundlage des bestehenden Radverkehrsplans weiter vorangetrieben. Zudem planen wir die Einführung von Schnellradlinien, um das Radfahren attraktiver und effizienter zu gestalten. Die Marburger SPD setzt sich für eine bessere Ausschilderung und farbliche Markierung von Fahrradwegen ein, um Wegebeziehungen aufzuzeigen und dadurch die Nutzung des Fahrrads zu vereinfachen.





Mit dem beschlossenen Straßenbauprogramm werden wir bis 2035 insgesamt 40 km der Straßen Marburgs erneuern. Diese Erneuerungen sind ein wichtiger Baustein unserer Verkehrspolitik, denn modernisierte Straßen führen zu mehr Verkehrssicherheit für alle.

Den Ausbau von sicheren und gut angebundenen Radwegen werden wir weiter vorantreiben, um das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel noch attraktiver zu machen.

Wir möchten den Parkraum sichern und die Parkmöglichkeiten aus den innenstädtischen Wohngebieten in zentrale Parkraumlösungen verlagern. Nach wie

vor betrachten wir Quartierparkhäuser als ein geeignetes Mittel zur Schaffung von mehr Aufenthaltsqualität. Darüber hinaus werden wir die Zonen für Kurzzeitparken erweitern.

Wir haben ganz Marburg im Blick: Durch weitere unterstützende Maßnahmen, wie die Stärkung der Dorfkerne, die Unterstützung lokaler Projekte und Initiativen, die Förderung gemeinschaftlichen Wohnens sowie von Nahversorgungsinitiativen, sollen dezentrale Strukturen erhalten werden und Wege in die Innenstadt künftig weniger notwendig werden.



KURZ GESAGT

Mobilität als Schlüssel zur Teilhabe – Mobilität muss für alle funktionieren, ohne Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.

Sicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen zur höchsten Priorität machen.

Marburg für alle erreichbar halten, auch mit dem Auto, Parkplätze wird es weiterhin ausreichend geben, Parkraum sichern und zentralisieren.

Klimafreundlicher ÖPNV, Beschlossenen Nahverkehrsplan schrittweise umsetzen, mit Priorisierung der verbesserten An-

bindung der Außenstadtteile, Schnellbuslinien, enge Vertaktungen und zusätzliche Taktverdichtungen in Stoßzeiten einführen sowie schnelle, möglichst umstiegsfreie Verbindungen schaffen. Flexible, bedarfsgesetzte und barrierefreie Demand- und AST-Verkehre ausbauen, auch für topographisch schwierige Lagen.

Mehr Radwege weiterhin angehen, Radwegenetz auf Grundlage des Radverkehrsplans weiter ausbauen, Radschnellwege einführen, Außenstadtteile endlich mit sicheren Radwegen an die Kernstadt anbinden, **Radwege-Verbindung zum Pharmastandort mit größter Priorität**.

KULTUR: INKLUSIV, NACHHALTIG, GERECHT

Die Welt ist in Bewegung. Und Menschen suchen Halt, Gemeinschaft, Vertrauen und Zuversicht. Umso wichtiger wird das kulturelle Angebot. Kultur ist nicht „nice to have“, sondern gerade jetzt ein Lebenselixier. Kultur stärkt die Demokratie. Kultur wird für Menschen gemacht, aber auch von Menschen. Hunderte gestalten in Marburg das kulturelle Programm mit. Die meisten im Ehrenamt. Auch deswegen hat für uns die Förderung der Kultur einen besonderen Stellenwert.

Teilhabe am kulturellen Leben darf niemanden ausgrenzen. Kultur verbindet die Menschen und ist ein von der Gesellschaft gefordertes Grundrecht. Deshalb bleibt die Marburger SPD auch in Zukunft der Garant dafür, dass die Kultur vornüftig finanziert wird und Marburg so vielfältig bleibt, wie es ist. Wir sind stolz auf die Kulturlöge Marburg, die seit Jahren sich dafür einsetzt, dass Kulturveranstaltungen für alle Menschen zugänglich sind.

Ausgrenzung verträgt sich nicht mit Kultur. Darum haben für uns die Gesangvereine und Theatergruppen in den Stadtteilen die gleiche Bedeutung wie die Angebote der soziokulturellen Zentren KFZ, Waggonhalle und Trauma. Wir werden den Kultur-Entwicklungsplan weiter umsetzen und neue kulturelle Bedarfe und Trends identifizieren sowie umsetzen. Chöre, Orchester, freie Theater und das Hessische Landestheater, Galerien und Kunsthalle, Film und Kino und vieles mehr sind ein Schatz, den es zu pflegen gilt.

Deswegen werden wir zum Beispiel den Standort Waggonhalle weiterentwickeln, indem wir die Remisen sanieren,

um neue Räume für die Kunstwerkstatt zu schaffen. Die Kunstwerkstatt stellt neben der Musikschule eine zentrale Säule kultureller außerschulischer Bildung dar. Sie wird hier in neue, angemessene Räume ziehen können und damit im Kulturzentrum Waggonhalle das gesamte Umfeld bereichern. Die Spielmöglichkeiten des dortigen Theaters wollen wir durch den Bau einer Werkstattbühne erweitern. Das Hessische Landestheater hat bereits durch die neue Probebühne einen starken Impuls für seine Arbeit erhalten. Die notwendigen Zuschüsse werden wir gemeinsam mit dem Land Hessen auch für die Zukunft sicherstellen. Dennoch: Das Landestheater und die Musikschule benötigen nach wie vor bessere räumliche Bedingungen. Dafür werden wir hart arbeiten.

Kultur ist Arbeit und Arbeit muss angemessen bezahlt werden. Deswegen haben wir es ermöglicht, dass die Lehrer*innen an der Musikschule künftig sozialversichert angestellt sind. Denn wer sich über Engagement und ein gutes Angebot freut, muss auch Verantwortung übernehmen. Dafür stehen wir, die Marburger Sozialdemokratie.

Was wichtig ist, besprechen wir im Marburger Kulturforum. Das ist der Ort des regelmäßigen Austauschs all derjenigen, die in Marburg aktiv am kulturellen Leben teilhaben. Gemeinsam mit den Kulturschaffenden und Initiativen wollen wir tragfähige Förderstrukturen entwickeln und deswegen das Kulturamt zu einer „Kulturredit“ weiterentwickeln, die berät und beim Einwerben von zusätzlichen Kulturfördermitteln des Bun-

des, des Landes und anderer Geldgeber unterstützt.

Die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen ist uns nach wie vor besonders wichtig. Die Musikschule, KunstWerkStatt, freie Träger, die Kinder- und Jugendarbeit des HTLM mit beispielsweise KUSS und Theater in der Schule und viele weitere prägen die kulturelle Bildung unserer Kinder und Jugendlichen in Marburg.

Kultur muss dort sein, wo die Menschen wohnen. Deshalb fördern wir insbesondere auch Angebote, die in den Stadtteilen und Quartieren zu Hause sind, wie zum Beispiel am Richtsberg.

Die Entwicklung des Marburger Schlosses hat in den letzten Jahren eine besondere Dynamik entwickelt. Hier und an anderer Stelle sollen moderne Museumskonzepte mit digitalen und hybriden Angeboten weiterverfolgt werden. Wir werden diesen Prozess weiter mitgestalten, um das Schloss mit einem neuen Besucher- und Ausstellungskonzept attraktiver zu machen, besser erreichbar und reicher ausgestattet, unter anderem mit einem Stadt- und Landesmuseum.

Die soziokulturellen Zentren KFZ, Wagonhalle und Café Trauma mit TNT und

weitere Initiativen sind elementare Bestandteile des Marburger Kulturlebens. Sie haben ihre eigenen, unverwechselbaren Profile entwickelt. Sie bieten Orte der Begegnung für unterschiedliche Gruppen unserer Stadtgesellschaft. Wir stehen dafür ein, dass die Arbeit der soziokulturellen Zentren nicht ins Belieben politisch einseitiger Haltungen gestellt wird. Wer in Zeiten schwieriger Finanzen solche Pläne verfolgt, muss mit unserem Widerstand rechnen.

Marburg ist Filmstadt. Diese Auszeichnung steht stellvertretend dafür, dass Kulturförderung auch die Förderung der Kreativwirtschaft ist. Die Potentiale, die Marburg bereits hat, wollen wir stärker fördern und nutzen.

In Kunst und Kultur gilt noch mehr als anderswo: Nicht alles muss allen gefallen. Unsere Aufgabe ist es aber, allen die Freiräume zu öffnen, die Menschen brauchen, um sich über Kunst und Kultur auszudrücken, mit anderen Menschen in den Dialog zu treten und damit das Leben in unserer Stadt zu bereichern. Die Marburg SPD steht dafür ein, dass dies auch in finanziell schwierigen Zeiten erreicht wird.

KURZ GESAGT

Kultur ist unverzichtbar und Garant für unsere demokratische Gesellschaft.

Kein Kahlschlag bei der Kultur! Wir werden die kulturelle Vielfalt Marburgs auch künftig verlässlich finanzieren. Für alle Marburger*innen, insbesondere Kinder und Jugendliche.

Erweiterung der Möglichkeiten des Theaters sowie der Musikschule.

Gleichwertige Förderung der **soziokulturellen Zentren Marburgs**.

Kulturangebote in Stadtteilen und Quartieren gezielt unterstützen.

Weiterentwicklung des Standorts **Wagonhalle** durch Sanierung der Remisen.

Unterstützung der Stadt als Partnerin der **Kulturinitiativen**, insbesondere auch beim Einwerben von Fördermitteln.

Marburgs Stärken mit **Schloss und Museum** sowie als Filmstadt sind vor Ort und überregional von besonderer Bedeutung. Das werden wir nutzen und weiter fördern.





FÜR EIN STARKES EHRENAMT UND EINEN BREIT AUFGESTELLTEN SPORT

Freiwilliges Engagement prägt unser Zusammenleben in besonderer Weise. Jedes Engagement, jedes Ehrenamt bereichert unsere Gesellschaft und macht uns stärker. Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Ehrenamtliches Wirken ist immer ein Gewinn – für die Adressat*innen und für diejenigen, die es ausüben.

Vereine und ehrenamtliche Initiativen sind das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie schaffen Begegnung, Solidarität und Teilhabe – überall dort, wo Menschen für einander Verantwortung übernehmen. Gerade im sozialen Bereich leisten Ehrenamtliche unverzichtbare Arbeit. Dieses Engagement verdient nicht nur Respekt, sondern auch konkrete und sichtbare Anerkennung.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Ehrenamt ersetzt keine staatliche Verantwortung. Wir wollen keine „Billiglösung“ für gesellschaftliche Aufgaben, sondern starke Strukturen, in denen Haupt- und Ehrenamt Hand in Hand arbeiten. Dafür braucht es

verlässliche Rahmenbedingungen, die unsere Freiwilligenagentur und kompetente Ansprechpartner*innen in der Verwaltung bieten.

Auch die Digitalisierung ist eine zentrale Herausforderung und Chance für das Ehrenamt. Wir stärken Vereine dabei, digitale Werkzeuge sinnvoll zu nutzen – ob für Verwaltung, Mitgliedergewinnung oder Öffentlichkeitsarbeit. Vielfalt, Offenheit und demokratisches Miteinander sind dabei unsere Leitbilder. Wer sich engagiert, gestaltet unsere Gesellschaft mit und steht für eine solidarische, demokratische und diskriminierungsfreie Gemeinschaft. Dieses Engagement wollen wir aktiv fördern und sichtbar machen.

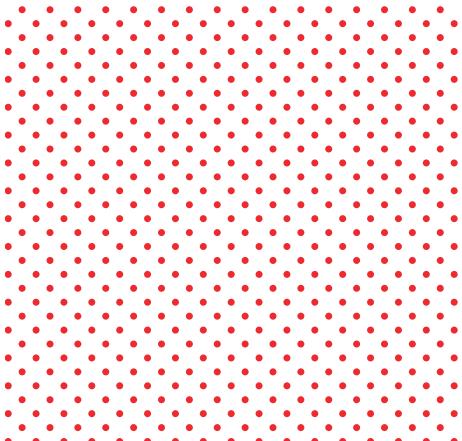
Marburg pflegt seit Langem starke Beziehungen zu Städten innerhalb und außerhalb Europas. Diese Kontakte bringen Menschen zusammen und helfen Grenzen zu überwinden. Der Austausch über gemeinsame Projekte in den Bereichen Sport, Kultur und Bildung wird maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Wir wollen auch künftig dabei unterstützen,

dass Marburg erfolgreiche Städtepartnerschaften pflegt.

Außerdem wollen wir prüfen, ob weitere Partnerschaften mittel- bis langfristig möglich sind. Abhängig von der finanziellen Situation sowie dem gesellschaftlichen Rückhalt könnten Städtepartnerschaften mit Städten in der Ukraine, Palästina und Israel in Frage kommen.

Sport ist weit mehr als Freizeitbeschäftigung. Sport stiftet Identität, schafft Gemeinschaft und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Marburg ist eine Sportstadt – vielfältig, engagiert und offen für alle. Darauf bauen wir auf und entwickeln den Sport in unserer Stadt konsequent weiter.

Mit der Einrichtung des neuen Fachbereichs Sport, Bäder und Gesundheit haben wir in der vergangenen Wahlperiode ein klares politisches Signal gesetzt: Sport, Bewegung, Gesundheit und Teilhabe gehören zusammen. Durch die enge Verzahnung und Aufwertung dieser Themen konnten Angebote strategischer geplant, besser koordiniert und wirksamer umgesetzt werden – für Vereine, Bildungseinrichtungen und die Stadtgesellschaft insgesamt.



Mit der erfolgreichen Implementierung des Modellprojekts KOMBINE hat Marburg bundesweit Maßstäbe gesetzt. In den vergangenen fünf Jahren konnten rund 75.000 Menschen in unserer Stadt durch KOMBINE-Angebote in Bewegung gebracht werden. Die Erfahrungen zeigen: Niedrigschwellige, quartiersnahe und kultursensible Bewegungsangebote erreichen Menschen, die bislang kaum Zugang zum organisierten Sport hatten. Genau hier liegt großes Potenzial – für Gesundheit, Teilhabe und soziale Integration. Wir werden KOMBINE verstetigen, weiterentwickeln und stärker mit Schulen, Kitas, Sozialarbeit und Vereinen verzahnen. Bewegung im Alltag soll für alle Marburger*innen selbstverständlich werden – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder körperlichen Voraussetzungen.

Sport bringt Menschen zusammen. Er überwindet sprachliche, kulturelle und soziale Barrieren und vermittelt Werte wie Fairness, Respekt und Solidarität. In Marburg leisten Vereine, Ehrenamtliche, Übungsleiter*innen und Schiedsrichter*innen tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration. Dieses Engagement wollen wir gezielt unterstützen – insbesondere dort, wo Sportangebote Brücken bauen: für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sowie für Menschen mit Behinderungen. Zugleich treten wir entschieden gegen Gewalt, Diskriminierung und Aggression im Sport auf und stärken Prävention und Unterstützung für alle Beteiligten.

Die Marburger Sportvereine sind das Rückgrat des Sports in unserer Stadt. Die Breite von über 50 Sportarten mit ca. 25.000 Mitgliedern in den Vereinen macht Marburg besonders. Mit dem Ausbau des Projekts „Sport vernetzt“ in Kooperation mit ALBA Berlin haben wir ge-

zielt neue Wege beschritten, um mehr Kinder in Kitas und Schulen frühzeitig in Bewegung zu bringen und Vereine, Bildungseinrichtungen und Sozialarbeit besser zu vernetzen. Wir stehen zur verlässlichen Sportförderung, zur kostenfreien Nutzung städtischer Sportstätten und zur nachhaltigen Unterstützung des Ehrenamts. Gleichzeitig wollen wir Sportarten jenseits des Mainstreams stärker sichtbar machen und gezielt fördern.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir die kommunale Leistungssportförderung erfolgreich implementiert und damit verlässliche Strukturen für leistungsorientierte Vereine und Athlet*innen geschaffen. Leistungssport und Breitensport gehören zusammen: Erfolgreicher Spitzensport wirkt identitätsstiftend für die gesamte Stadt, inspiriert junge Menschen und stärkt Marburgs überregionale Ausstrahlung. Wir wollen Marburg gezielt als Standort für ausgewählte Spitzensportarten weiterentwickeln, gute Trainings- und Wettkampfbedingungen sichern und sportliche Großereignisse ermöglichen. Das stärkt nicht nur den Sport, sondern auch Tourismus, Hotellerie und Gastronomie.

In bewegungsfreundliche Infrastruktur haben wir in der vergangenen Wahlperiode weiter investiert: Zwei Kunstrasenplätze wurden saniert, und mit dem Bau einer Calisthenics-Anlage im Georg-Gaßmann-Stadion haben wir ein frei zugängliches Angebot für Sport und Bewegung im öffentlichen Raum geschaffen. Daran knüpfen wir an. Nicht jeder Sport findet im Verein statt – und das ist gut so. Wir setzen uns weiterhin für eine Stadt ein, die Bewegung im Alltag fördert: durch attraktive öffentliche Räume, sichere Wege, bewegungsfreundliche Quartiere und frei zugängliche Sport- und Bewegungsflächen. Sport und Bewegung sol-

len im Alltag sichtbar, einfach und selbstverständlich sein.

In den kommenden Jahren setzen wir die Maßnahmen des Sportentwicklungsplans konsequent weiter um. Auch unter schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen bleibt für uns klar: Die vielfältige Vereinslandschaft und eine funktionierende sportliche Infrastruktur zu erhalten, hat in der Sportstadt Marburg Priorität. Sport ist kein Luxus, sondern eine Investition in Gesundheit, Zusammenhalt und Lebensqualität.

Konkret wollen wir die Laufbahn im Georg-Gaßmann-Stadion erneuern, um weiterhin gute Bedingungen für Training, Schulsport und Wettkämpfe zu schaffen. Darüber hinaus werden wir die Blista beim Bau eines Dojos unterstützen und damit inklusive Sportangebote sowie den Behinderten- und Leistungssport in Marburg weiter stärken.

Gerade in Zeiten knapper Kassen braucht es Verlässlichkeit. Deshalb stehen wir zu einer stabilen Sportförderung, zur Sicherung und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Sportstätten sowie zur gezielten Stärkung des Ehrenamts. Ehrenamtliche Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Vorstände und Schiedsrichter*innen sind das Fundament des Sports in Marburg – ihr Engagement verdient Anerkennung, Unterstützung und gute Rahmenbedingungen.

Wir investieren weiter in unsere Sportstätten und Schwimmbäder. Bewährte Bewegungsangebote für alle (wie beispielsweise im Rahmen von KOMBINE) wollen wir fortsetzen.

Der Sportentwicklungsplan ist Leitlinie unseres Handelns. Diesen werden wir weiter umsetzen und die Förderung von Frauen, Menschen mit Behinderung, den

Senior*innensport sowie Kultursensibilität im Sport fortsetzen.

Ob Breitensport oder die in Marburg besonders erfolgreichen Sportarten wie zum Beispiel der Frauen-Basketball, American Football, Boxen oder Goalball: Wir unterstützen beides gleichermaßen!

„Gesunde Stadt“ werden wir weiter umsetzen und im Rahmen dessen die Aufklärungs- und Präventionsarbeit für ein gesundes Leben stärken.



KURZ GESAGT

Ehrenamt als Rückgrat des Zusammenhalts stärken: Engagement sichtbar machen, wertschätzen und politisch klar als Ergänzung – nicht Ersatz – staatlicher Verantwortung verankern.

Verlässliche Strukturen für Freiwillige sichern: starke Freiwilligenagentur, klare Ansprechpersonen in der Verwaltung und Unterstützung bei Digitalisierung, Mitgliedergewinnung und Öffentlichkeitsarbeit.

Ehrenamt als Motor der Demokratie fördern: **Vielfalt, Offenheit und ein diskriminierungsfreies Miteinander stärken** – wer sich engagiert, gestaltet eine solidarische Stadtgesellschaft.

Städtepartnerschaften lebendig halten: ehrenamtlich getragenen Austausch in Sport, Kultur und Bildung unterstützen und neue Partnerschaften – etwa mit Städten in der Ukraine, Palästina und Israel – prüfen.

Unser Ziel ist klar: Marburg soll eine Stadt bleiben, in der Sport verbindet, integriert und begeistert. Eine Stadt, in der sich Menschen über Sport mit ihrer Kommune identifizieren können – im Verein, im Quartier, im Spitzensport und im Alltag.

Marburg als konsequente Sportstadt ausbauen: KOMBINE verstetigen und mit Kitas, Schulen, Sozialarbeit und Vereinen verzehnen.

Sport als Integrationskraft nutzen: Vereine und Ehrenamtliche gezielt fördern, damit Sport Barrieren abbaut – für Kinder, Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderungen, klare Kante gegen Gewalt und Diskriminierung.

Breiten- und Spitzensport gleichermaßen stärken: stabile Sportförderung, kostenlose Nutzung städtischer Anlagen, Umsetzung des Sportentwicklungsplans, gute Bedingungen für erfolgreiche Spitzenvereine und inklusive Angebote wie das Dojo der Blista.

Bewegungsfreundliche Infrastruktur ausbauen: Sportstätten und Schwimmbäder erhalten, öffentliche Bewegungsräume und Quartiere attraktiv gestalten, Laufbahn im Georg-Gaßmann-Stadion erneuern – denn Sport ist Investition in Gesundheit, Zusammenhalt und Lebensqualität.



MARBURG IST SAUBER, SICHER UND FÜR HERAUSFORDERUNGEN GEWAPPNET

Marburg ist eine saubere und begrünte Stadt. Dennoch braucht es auch weiterhin mehr Müllvermeidung. Wir setzen hierbei auf Aufklärung und Beratung. Unser Dienstleistungsbetrieb Marburg leistet eine gute Arbeit. An neuralgischen Punkten – wie am Marktdreieck oder am Rudolfsplatz – werden wir verstärkt auf Sensibilisierung und höhere Säuberungsintervalle setzen. Die Einführung einer sogenannten Verpackungssteuer wird von der Stadt geprüft.

Als Marburger SPD sind wir hier klar: Wir lehnen die Verpackungssteuer ab. Wir nehmen die Sorgen der Unternehmerinnen und Unternehmen sowie Bürger in Punkt Preissteigerungen sehr ernst. Wir werden keine Einführung befürworten, die zu mehr sozialer Ungleichheit führt und Familien mit niedrigem Einkommen ausschließt. Die Verpackungssteuer darf nicht zu Mehrkosten für lokale Unternehmerinnen und Unternehmer führen. Nach der Prüfung besteht für uns kein Automatismus der Einführung einer Verpackungssteuer!

Die mögliche Lenkungswirkung müsste vor Einführung erwiesen sein und es darf

kein Bürokratie-Aufwuchs entstehen. Wir müssen Bürokratie abbauen, nicht aufbauen.

Feuerwehren und Hilfsorganisationen in Marburg sind eine elementare Stütze der Stadtgesellschaft. Deshalb unterstützen wir uneingeschränkt die Freiwilligen Feuerwehren sowie lokale Hilfsorganisationen wie das DRK, die Johanniter Unfallhilfe, den Malteser Hilfsdienst, die DLRG und das THW. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement leisten sie einen unschätzbareren Beitrag sowohl für den Zusammenhalt als auch für die Sicherheit in der Stadt. Wir unterstützen die ehrenamtliche Arbeit der Hilfsorganisationen. Die Feuerwehren und Rettungsdienste in Marburg brauchen eine gut ausgebauten Infrastruktur.

Die Modernisierung unserer Feuerwehrhäuser wird eine finanzielle Herausforderung, die wir aktiv angehen werden. Den Feuerwehrentwicklungsplan haben wir erfolgreich umgesetzt und viele Millionen in unsere Feuerwehren investiert. Wir freuen uns auf die moderne Feuerwehr in Cappel und werden in den nächsten Jahren das Feuerwehrhaus in Wehrshausen sanieren. Den Feuerwehrent-

wicklungsplan werden wir fortschreiben und an die Bedarfe der Zukunft anpassen.

Wir schätzen die enge Zusammenarbeit zwischen Rettungsdiensten, Feuerwehren, dem THW und weiteren Organisationen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit der Stadt. Insbesondere der Einsatz von ehrenamtlichen Kräften in der Feuerwehr, der DLRG oder dem THW verdient großen Respekt. Dies wird auch durch die erfolgreiche Kampagne „Marburg zeigt Respekt“ ausgedrückt, welche wir weiterhin fördern. Übergriffe auf Rettungskräfte sind völlig inakzeptabel und werden seitens der Marburger SPD aufs Schärfste verurteilt. Die Kampagne „Marburg zeigt Respekt“ sensibilisiert und wird von vielen Marburgerinnen und Marburgern geschätzt. Die Resilienz der Marburger Bevölkerung sowie der Stadtverwaltung werden wir weiter stärken.

Bei der Nachwuchsgewinnung der Marburger Hilfsorganisationen und Feuerwehren möchten wir unterstützen. Das Freiwilligenprinzip bei der Feuerwehr bleibt unberührt. Wir wollen verstärkt junge Menschen, insbesondere Mädchen und Menschen mit Migrationshintergrund, fürs Engagement bei den Feuerwehren und bei der DLRG gewinnen und entsprechende Konzepte fördern. Die Ausbildung und Weiterbildung unserer ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte und Katastrophenschützer*innen fördern wir weiterhin auf hohem Niveau. Die technische Ausstattung wird weiterhin erneuert und auf einem hohen Stand gehalten. Dies erfordert hohe Investitionssummen, die wir gerne bereitstellen. Wir fördern weiterhin die umfassende und ehrenamtliche Brandschutzfrüherziehung auch mit hauptamtlichen Strukturen. Den Ausbau von lebensrettenden Sofortmaßnahmen, wie beispielsweise Laien-

Defibrillatoren, wollen wir gemeinsam mit den Rettungsdiensten vorantreiben.

Jede*r Bürger*in Marburgs verdient es, sicher zu leben. „Sicher leben“ bedeutet dabei für uns: ein auskömmliches und stabiles Einkommen, gute Arbeit, einen lebenswerten Stadtteil und gut ausgestattete Dienstleistungen. „Sicher leben“ bedeutet, dass langfristig daran gearbeitet wird, Menschen, die in Not geraten sind, zu unterstützen und Armut zu bekämpfen. Wer sich in einer ökonomischen Notlage befindet oder sich vor sozialem Abstieg sorgt, wird sich tendenziell weniger sicher fühlen.

Für uns ist die bezahlbare Stadt daher Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit für alle. Verunsichernde Zeiten steigern das Bedürfnis nach Sicherheit. Es ist Aufgabe des Rechtsstaats – der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte –, bei Straftaten konsequent zu ermitteln, anzuklagen und zu rechtssicheren Urteilen zu kommen. Als Kommunalpolitik tragen wir die Verantwortung dafür, dass die Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, stimmen. Wir als Marburger SPD machen das: Wir benennen Probleme, beraten uns mit Expert*innen und legen dann konstruktive Lösungsvorschläge vor. Darunter auch das neue Sicherheitskonzept zur Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit mit vielen durchdachten Maßnahmen.

Stadtpolizei und Polizei arbeiten in Marburg gut zusammen, ermitteln Täter*innen schnell und sorgen dafür, dass Marburg eine sichere Stadt ist. Die Vermeidung und Prävention von Gewalt ist die



Grundlage unseres politischen Handelns. Hier arbeiten zivilgesellschaftliche Akteure, Wissenschaft, Stadt und Ordnungsbehörden seit Jahren erfolgreich zusammen. Prävention schützt – jede verhinderte Straftat ist ein Erfolg!

Wir werden Angebote zur Bekämpfung von Gewalt und zur Unterstützung bei psychischen Krisen fördern und finanzieren. Dazu gehört der Gewaltschutz von Frauen und in besonderem Maße das Projekt „Marburg gegen Partnergewalt“. Das Konzept „Ist Luisa hier“, das vor sexualisierter Gewalt in Gaststätten und Clubs schützt, sowie Kampagnen, die vor dem Einsatz von sogenannten K.-o.-Tropfen warnen, werden wir weiterhin fördern. Diese erfolgreichen Präventionsangebote helfen seit Jahren bei der Sensibilisierung und genießen große Unterstützung bei den Clubs und Gaststätten. Wir werden die Soziale Arbeit stärken, die städtische Jugendhilfe weiterhin gut ausstatten sowie ein Haus der Jugend etablieren.

Wir haben potentielle Angsträume in Marburg festgestellt und werden diese durch bauliche Maßnahmen verändern. Maßnahmen wie eine bessere Beleuchtung oder die Umgestaltung von Plätzen werden konsequent verfolgt. Ein Ausspielen zwischen Naturschutz bzw. Insektenutzung und der Sicherheit insbesondere von Frauen darf nicht stattfinden.

Die positiven Erfahrungen aus dem Notrufsystem im Jägertunnel werden auf andere Orte übertragen werden. Insbesondere am Ortenbergsteg streben wir weiterhin eine Videoüberwachung nach dem Vorbild von LiSa an. Weitere Standorte für den Einsatz von Videoüberwachungssystemen werden auf die Vereinbarkeit mit dem Datenschutz geprüft. Wir stellen fest, dass die Videoüberwachung bei der Aufklärung von Straftaten

hilfreich sein kann. Diese Maßnahme muss jedoch nicht nur rechtlich möglich sein, sondern auch von der Stadtgesellschaft unterstützt werden.

Die Einführung einer Waffenverbotszone lehnen wir ab. Die Hürden für die Einrichtung einer entsprechenden Zone sind äußerst hoch, und ihre Wirksamkeit ist gesellschaftlich, politisch und wissenschaftlich hoch umstritten. Nicht ohne Grund fragen sich Bürgerinnen und Bürger in Marburg, was der Nutzen einer Waffenverbotszone sei, wenn Kontrollen auf Verdacht nach Waffen in kriminalitätsbelasteten Orten bereits möglich sind und insbesondere Messer entsprechend dem geänderten Waffengesetz leichter einbehalten werden dürfen. Eine Waffenverbotszone müsste bei Einführung kontrolliert werden, was einen enormen Personalaufwand mit sich bringt und Ordnungskräfte, die in der Fläche benötigt werden, dauerhaft an einem Ort bindet, ungeachtet der Tatsache, ob Straftaten stattfinden oder nicht. Diese Ordnungskräfte fehlen an anderen Stellen, während Kriminalitätsschwerpunkte sich verlagern könnten.

Für mehr Sicherheit und ein gesteigertes Sicherheitsempfinden braucht es ganzheitliche Maßnahmen, die im Einklang miteinander wirken können, aber insbesondere auch Personal in der gesamten Stadt. Deswegen haben wir die Zahl der Stadtpolizist*innen in den letzten Jahren verdoppelt, damit sie überall in Marburg präsent sein können. Darüber hinaus haben wir einen Diensthund angeschafft.

Wir werden die städtischen Angestellten der Ordnungspolizei weiterhin bestmöglich ausstatten und an der Sicherheit nicht sparen. Stadtpolizist*innen werden weiterhin gut geschult und für sensible Themen wie Diskriminierung und Deeskalation geschult.



Die Präsenz von Jugendhilfe und Ordnungskräften wird an neuralgischen Punkten erhöht und die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren gestärkt. An Punkten, wo Sachbeschädigung und Ruhestörung verstärkt auftreten, werden wir das Konzept „Freundliche Uffbasser“ zur Konfliktshaltung in die Umsetzung bringen.

Das Netzwerk „Einsicht gegen Gewalt“ spielt eine wichtige Rolle in der Marburger Sicherheitsarchitektur. Akteure in der Gewaltprävention werden weiterhin unterstützt. Hierunter fallen zum Beispiel der Kinderschutzbund, das Frauenhaus sowie Wendo-Kurse.

KURZ GESAGT

Marburg ist eine sichere Stadt. Unser erfolgreiches und umfassendes Sicherheitskonzept für **mehr Prävention und Gewaltschutz** setzen wir konsequent um. Es stärkt objektive und subjektive Sicherheit, **wobei eine bezahlbare Stadt Grundvoraussetzung für Sicherheit für alle bleibt.**

Müllvermeidung, Aufklärung und Sauberkeit weiter stärken, insbesondere an neuralgischen Orten wie Marktdreieck und Rudolfsplatz durch verstärkte Sensibilisierung und höhere Säuberungsintervalle.

Ablehnung der Verpackungssteuer, wenn sie soziale Ungleichheit, Mehrkosten oder Bürokratie verursacht.

Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen nachhaltig unterstützen, inklusive Nachwuchsgewinnung, Ausbildung, Weiterbildung, technischer Ausstattung sowie Brandschutzfrüherziehung mit hauptamtlichen Strukturen

Respekt und Schutz für Einsatzkräfte sichern, die Kampagne „**Marburg zeigt Respekt**“ weiter fördern, Übergriffe klar verurteilen sowie lebensrettende Sofortmaßnahmen und die Resilienz von Bevölkerung und Verwaltung stärken.

Gewaltprävention konsequent ausbauen durch die Förderung von Angeboten gegen Gewalt und bei psychischen Krisen sowie die Fortführung bewährter Projekte wie „Marburg gegen Partnergewalt“, „Ist Luisa hier“ und Kampagnen gegen K.-o.-Tropfen.

Soziale Arbeit, Jugendhilfe und Prävention im öffentlichen Raum stärken, Angsträume durch bauliche Maßnahmen entschärfen, Notrufsysteme ausweiten, datenschutzkonforme Videoüberwachung an ausgewählten Orten prüfen und eine Waffenverbotszone ablehnen.

Ordnung und Deeskalation verbinden, die Stadtpolizei gut ausstatten, schulen und präsent halten, Ordnungskräfte und Jugendhilfe stärken, das Konzept „Freundliche Uffbasser“ umsetzen und das Netzwerk „Einsicht gegen Gewalt“ weiter unterstützen.

AUSSENSTADTTEILE

Marburg ist nur dann vollständig, wenn Kernstadt und Außenstadtteile sich gegenseitig ergänzen. Die Außenstadtteile verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit – nicht nur als Tor zu Marburg, sondern auch als zentrale Orte für Wirtschaft (Behringstandort), Energie (Windkraft- und Solarparks) und Wohnungsbau.

Viele zentrale Vorhaben für die gesamte Stadt werden in den Außenstadtteilen umgesetzt. Umso wichtiger ist ein sensibles und verantwortungsvolles Vorgehen. Dazu gehören der Schutz der Landschaft, eine starke Beteiligung der Menschen vor Ort sowie der Erhalt und die Stärkung selbstständiger Strukturen in den Stadtteilen. Auch der Erhalt der Schulstandorte, die Zukunftsfähigkeit der Vereine und Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt, Zugezogene und Alteingesessene sind zentrale Bestandteile sozialdemokratischer Politik.

Gleichzeitig braucht es leistungsfähige Verkehrskonzepte für alle Verkehrsträger*innen.

Notwendige Straßensanierungen im Rahmen des Straßensanierungsprogramms sind selbstverständlich. Der Ausbau des ÖPNV muss Priorität haben: mit Bus- sowie Ruf- und Demand-Angeboten, besseren Takten in den Stoßzeiten, wohnortnahmen Verbindungen in die Nachbarschaft und direkten, möglichst umstiegsfreien Verbindungen in die Innenstadt.

Was Wohlstand für die gesamte Stadt schafft, muss sich zugleich an den sozialen Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Feuerwehr, Sport, Kinder- und Jugendförderung, Vereinsarbeit und Ehrenamt sollen weiter unterstützt werden – ebenso wie Dorfkerne, Treffpunkte und eine verlässliche lokale Infrastruktur. Veränderungsprozesse wollen wir aktiv begleiten und die Menschen dabei unterstützen.

Denn Marburg für alle geht nur gemeinsam.



AUSBLICK

Mit diesem Wahlprogramm werben wir um das Vertrauen der Marburger*innen.

Wir stehen für Verlässlichkeit und ein soziales Miteinander.

Wir möchten dazu beitragen unsere Stadt, unsere Quartiere, den Ort an dem wir leben und uns wohlfühlen, jeden Tag noch ein Stückchen besser zu machen.

Wir sind überzeugt davon, dass wir in unserem Wahlprogramm beschreiben, wie das gelingen kann. Marburg braucht eine starke Sozialdemokratie. Eine starke Stimme für bezahlbaren Wohnraum, ein soziales Miteinander, eine allen Marburger*innen zugewandte Politik, die Sicherheit gibt und schafft.

Für all das treten wir mit Leidenschaft und Engagement an.

Unser Ziel ist es, nach der Kommunalwahl am 15. März, wieder die stärkste Fraktion in der Marburger Stadtverordnetenversammlung zu stellen.

Politik wird aber nicht nur im Stadtparlament oder Ortsbeirat gemacht. Deswegen ist es für die Marburger SPD wichtig und Selbstverpflichtung mit allen Marburger*innen zugewandt, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Das wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren tun.

Eben:

MARBURG. GEMEINSAM. FÜR ALLE!



THORSTEN BÜCHNER
Vorsitzender der Marburger SPD



ANN-KATHRIN GÖTZ
Stellv. Vorsitzende der Marburger SPD

